

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsheftigen Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.

Korrespondent: Rint 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 8. März 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Quittung.

In den Monaten Januar und Februar sind bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge eingegangen:

- a) Januar.
 Augsburg, U. durch G. U. in St. 20., Achim bei Bremen, durch den Vertr. 11., Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2 Kr. 200., (dar. Morgenroth 2,40, Ueberich v. Jakob 8,50), 6 Kr., Rosenh. Borst u. Gesundbr. 700., (dar. Ueberich, der Kranzspende v. H. Gäßfeld 8,50), Berlin, diverse Beiträge: Ertrag von Zeitungsklofen 4., Dr. E. H. 50., Heindorfstr. 7,55, Liberté 5,55, Madetes 5., Sorgenfrei 5., Aufgelöste Jugendfreunde 12,50, Nothe Buchbinder, Grünstr. 5., Werkabteilung der Buchdruckerei von M. Bading 20., Petermann, Prozentreste 1,45, J. Schmitz, nicht verbrauchte Prozente 1,20, Sa. 2,65, Geburtsstagsfeier b. H. Mersburgerstr. 3,25, Chamissoplatz 5 4., P. S. 50., H. H. 50., M. B. 75., J. B. 25., Bremen H. G. 10., Bernburg 10., Barin- städt, rother Geburtsstags 4,45, Bamberg, Jäcklein Rohrbach 5., Cottbus, S. 10., Dresden, 5. sächs. Reichstagswahlkr. 500., Erfurt 50., Erfurt, rother Pädagoge 8., Falkenberg (Oberschl.) 2., Freiburg, von badischen Genossen 10., Gütstrow, rothe Hochzeit 1,57, Gießen, E. R. 5., Götta, d. d. Vertrauensmann 50., Gera (Neuh) 50., Götlich 50., Greis, Wahlkr. Neuh a. R. 50., Halle und Saalkreis 200., Häselich, v. Genossen 10., Hamburg, Alt-Hamburg Fr. 10,55, Hamburg, die Zimmerer von O'Swaldquai 15., Dohrenstein-Ernstthal 20., Halle v. Genossen 20., (darunter für Dezember 10.), Hundshäbel i. G., rothe Kindtaufe 3., Homburg, 2. Kreis von den Tabakarbeitern der Firma Frank, Katharinenstr. 80., Jümenau, Zigarrenkonsum der Weisgerber 30., Jugau, rothe Sylvesterfeier 2,40, Leipzig, rother Holzmann 8., Leipzig, Stadt und Land 2000., Lindenwalde, Nacht. 100., Labenburg, vom Vertrauensmann 20., Nettel, v. Genossen 10., M.-Glabbach 7., Mannheim, v. Genossen 50., München, v. G. Dr. 21,50 (darunter Münchener Kind 1,50), Marburg, ein Einjammer 10., Mann in Ronde 2900., München, Wald- läufer 5., Nürnberg 300., Reuderschen bei Wittweiba 2., Riederbachau, rothe Kindtaufe 5., Orlau, durch d. Vertrauensmann 50., Otensen durch G. 500., Offenburg, von einem Bohnenburger Postkutschmann in d. Kammer 7,35, Pörsheim 27., Planen i. B., zieldenkte Frauen 15., Pfeifer, v. Vertrauensmann 5., Peine, Vorkers 1,35, Quedlinburg, durch A. T. 25., Rathenow, von Genossen 50., Reusfeld, rothe Schleife 1., Sylvesterfeier d. F. J. 8., Summa 4., Sagan, d. d. Vertrauensm. 5., Stuttgart G. U. 10., Schriesheim v. Genossen 5., Subl, Kreis Schleusing 40., Siegen, von Genossen 6., Saarabien, aus dem Königr. Stumm 10., St. Ludwig (Gf.), für den Wahl- fonds 14,60, „Vorwärts“ 4. Quartal 1897 11 272,45, Württem- berg 50., Wüste, Waltersdorf i. Culengeb., mehrjährige Spar- pennische v. Genossen f. d. Wahlkampf 60,60, Witten, v. d. Nothen aus dem Ruhrthale 15.,

Jose Gesellen 1,75, Württemberg 50., Witten, Karten R. 4,21, Z. J. 3. 4012,50.
 Berlin, den 6. März 1898.
 Für den Parteivorstand:
 H. Gerisch, Rahbachtstr. 9 I.

Die Herrschaft der Feudalen in Oesterreich.

Das Ministerium Gautsch ist gestürzt und ein ehemaliger Wortführer der tschechischen Feudalen, Graf Thun, ist Ministerpräsident in Oesterreich! Wenige Stunden nachdem das österreichische Amtsblatt die neuen Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren und die Einberufung des Reichstags für den 21. März veröffentlicht hat, war die Demission des Rabinetts Gautsch vom Monarchen angenommen. Dieses Sterben erinnert an die Sultansklauen von Stambul, unter deren Herrschaft Minister kommen und gehen, weil es also dem allmächtigen, des Gefühls der Verantwortung baren Großherren so beliebt.

Sicherlich grenzt Oesterreich nicht bloß territorial an das Sultanreich, wie Preußen an das Japanreich, sicherlich machen sich in Oesterreich orientalische, wie bei uns absolutistische Einflüsse geltend, aber mit diesem Vergleiche ist der neueste Umschwung in Oesterreich nicht erklärt.

Was Badeni blindwützig verdrarb, das konnte selbst ein großer Staatsmann, sicherlich aber kein Gautsch, in 14 Wochen gut machen. Die österreichischen Parlamente, der Reichsrath wie die Landtage, waren arbeitsunfähig gemacht worden, die bürgerlichen Parteien waren in ihrem inneren Zusammenhange erschüttert, der Verfassungsbau quartete in allen seinen Grundvesten, das Verhältnis zu Ungarn schien nicht mehr erneuerungsfähig, das Staatsgesetz hatte noch nicht die erste Lesung passiert, hochwichtige Gesetze harrten vergeblich der Verabschiedung. Dabei war die österreichische Regierung abhängig von den rücksichtslos egoistischen Staatsmännern Ungarns, welche die politische Schwäche der österreichischen Regierung zu ganz ungerathenen wirtschaftlichen Zugeständnissen an ihre Reichshälfte auszunutzen bestrebt waren.

Das Gautsch an der Schwere und Größe dieser Aufgaben scheitern würde, war voranzusehen; daß selbst dieser streberhafteste und den Forderungen der Krone gegenüber rückgratloseste Staatsmann aufathmen würde, wenn ihm die schwere Bürde des österreichischen Ministerpräsidenten abgenommen würde, ist begreiflich. Er wußte, daß er seine Mission nicht erfüllen konnte, er wußte, daß er wie ein hilfloser Greis, der sich nicht zu helfen weiß, in 14 Tagen dem Abgeordnetenbause gegenüber stehen würde, daß er den Ausgleich mit Ungarn, der in wenigen Monaten abgeschlossen sein muß, nicht fertigstellen werde; so fiel er nicht in offener Feldschlacht, sondern bevor noch die Geschäfte zur Schlacht aufgeföhren wurden. Es ist kein rühmlicher Tod, aber ein angenehmer, und so entspricht er mehr dem echt österreichischen Naturell des Gautsch.

Ueber den äußeren Anstoß der Demission des Ministeriums Gautsch wird in der österreichischen Presse gestritten, doch ist dieser Streit gleichgültig, da die tiefsten Ursachen des Hinscheidens dieses Ministeriums von 98 Tagen klar zu Tage liegen.

Weit wichtiger als die Würdigung des verflorenen Verlegenheits-Ministeriums ist die Würdigung der gegenwärtigen Situation, die Verurtheilung des kommenden Ministeriums und der Versuch eines Ausblickes auf seine Absichten und Ziele.

Feststeht heute nur der Name des künftigen Ministerpräsidenten; dieser allein ist aber, selbst wenn begründete Vermuthungen über die Zusammensetzung seines Rabinetts noch nicht gemacht werden könnten, fast ein Programm.

Graf Thun entstammt einer alten deutschen ursprünglich in Südtirol beheimatheten Adelsfamilie, aus der viele österreichische Staatsmänner und hohe Beamte hervorgegangen sind. In der neuesten Geschichte Oesterreichs treten die Thun als liberale, feudale, ja als deutsche und tschechische Wortführer auf; auch ein Beweis, wie wenig die Abstammung mit der Nationalität als politischen Faktor zu thun hat. Der neu ernannte Ministerpräsident Franz Anton v. Thun-Hohenstein als Chef des Majorats Teichau, einer der reichsten österreichischen Grundbesitzer, verschwägert mit dem ganz internationalisirten alten deutschen Fürstengeschlechte der Schwarzenberg, hat sich in der Rolle des tschechischen Feudalen gefallen. Der nun 57jährige Ministerpräsident, der Neffe des hochbegabten deutsch-lexikalen Unterrichtsministers Leo Thun, war zuerst Dragoneroffizier. Nachdem er seine militärische Laufbahn aufgegeben hatte, wurde er 1879 in Abgeordnetenbause gewählt, 1881 folgte er seinem Vater, einem im diplomatischen Dienste vielfach verwendeten Beamten, auf dem erbliehen Erbe der Grafen Thun ins Herrenhaus. Weiteren Kreisen wurde er bekannt durch seine radikal-föderalistische Politik im böhmischen Landtage, in den ihn der fideikommissarische Großgrundbesitz 1883 entsandt hatte.

Dem staatsrechtlichen Programm der Czechen gab er den entschiedensten Ausdruck in seiner Landtagsrede vom 5. Oktober 1888, die mit den Worten schloß:
 „Wäge die Saubung und Krönung mit der Krone des heiligen Wenzel die Bande noch inniger schließen, die den geliebten Herrscher mit seinem treuen Volke verbinden.“
 Infolge dieser Rede wurde Graf Thun, als er ein Jahr später, am 7. Oktober 1889, als Nachfolger des Baron Kraus zum Statthalter von Böhmen ernannt wurde, von den Czechen

als Krönungsstatthalter begrüßt. Sein freundliches Verhältnis zu den Czechen währte jedoch nicht lange, denn die damals noch das demokratische Mäntelchen tragenden Jungcechen griffen ihn als Feudalen und Beschützer der Allegechen an. Heute, wo die Jungcechen ganz in die Bahnen und Beziehungen der Allegechen eingelenkt haben, schafft ihnen die Ernennung Thun's, die Hoffnung auf spätere Erfüllung ihrer staatsrechtlichen Hoffnungen, die sie vor acht Tagen in der Adresse des böhmischen Landtages unter schroffstem Proteste der Deutschen wieder einmal programmatisch festgelegt haben.

Graf Thun ist ein entschiedener Feudaler und Föderalist. Wirtschaftlich fühlt er sich als ein Vertreter der Interessen des adeligen Großgrundbesitzes, politisch vertritt er nicht nur die Erhaltung der großen, in Oesterreich leider noch verfassungsmäßig festgelegten Vorrechte des Feudaladels, sondern auch das Prinzip des Föderalismus, der möglichst großen Selbständigkeit der einzelnen Kronländer, die in einem losen Verbände durch die gemeinsame Dynastie und die nur ganz unumgänglich gemeinsamen Staatsangelegenheiten zusammengefaßt bleiben sollen. Das Ideal der tschechischen Föderalisten, Böhmen, Mähren und Schlesien eine gleich unabhängige Stellung dem Gesamtreiche gegenüber zu schaffen, wie es seit 1867 Ungarn und seine Nebenländer besitzen, ist auch sein Zukunftsbild des österreichischen Staates. Wie weit er sich der Richtigkeit des bekannten Wortes Balunin's zur Zeit seiner schärfsten patriotischen Ueberzeugungseuf: „Das Zugrundegehen Oesterreichs ist für uns Slaven eine Lebensfrage“ bewußt ist, lassen wir dahingestellt. Sicher ist, daß die tschechischen Politiker, die das System Thun stützen sollen, die Gregy, Bafaty und Konjorten, an diesen Satz glauben.

Die staatsrechtlichen Ideale charakterisieren den Politiker Thun, aber vorerst nicht den Ministerpräsidenten. Dessen erste Sorge wird sein, mit einem arbeitsfähigen Parlament den Ausgleich mit Ungarn und das Budget für das nächste Jahr fertig zu stellen; bis dahin werden die staatsrechtlichen Ideale, die Umwandlung Oesterreichs in einen losen Verband von Einzelstaaten, zurückgestellt.

Aber schon der Weg, auf dem Thun jene dringlichste Aufgabe zu lösen sucht, ist charakteristisch. Hierüber telegraphirt unser Wiener y-Korrespondent:

Graf Thun will zunächst die Bildung eines Ministeriums der Koalition oder Konzentration versuchen. Sein Ministerium soll sich charakterisieren als eine Vereinigung des deutschen und slavischen Großgrundbesitzes, die durch gemeinsame wirtschaftliche Interessen aneinander geletet, durch Vertretung ihrer agrarischen Wünsche bei den kommenden Handelsvertrags-Verhandlungen völlig befriedigt werden sollen. Damit soll ein Keil in die deutsche Opposition geschlagen werden. Durch die Gewinnung Dr. Baernreither's, eines mehr bürgerlichen Vertreters des deutschen Großgrundbesitzes Böhmens, soll die „deutsch-soraxidentische“ Gruppe der Opposition von der Führung der deutsch-identischen Abgeordneten Wolfhard Schönerer losgelöst und damit die Obstruktion unmöglich gemacht werden. Vorläufig wird vom Grafen Thun der Verdacht jeder Staatsreichthabsicht entrüstet abgelehnt. Zuerst das Geschäft, dann das Vergnügen! Zuerst muß Budget und Ausgleich mit Ungarn fertiggestellt sein, dann kommen die staatsrechtlichen Ideale des neuen Herrn in Frage. Als sicher gilt, daß der Professor der Nationalökonomie an der tschechischen Universität, Dr. Raigl, Finanzminister, der schon genannte Dr. Josef Maria Baernreither, übrigens auch Verfasser eines sehr guten Buches über die „englischen Arbeiterverbände und ihr Recht“, Handelsminister, der liberale Landeshauptmann von Oberösterreich, Raß, Ackerbauminister werden sollen. Die übrigen Ministerposten sollen mit den aus dem Rabinete Gautsch zur Verfügung stehenden Persönlichkeiten besetzt werden; so gilt als sicher, daß Graf Zeno Welfersheim, der schon dem Taaffe'schen Ministerium und allen späteren als Landesverteidigungs-Minister angehörte, auch dem Ministerium Thun verbleibt, und daß R. v. Ritter, Oesterreichs tüchtigster Eisenbahn-Fachmann, der wegen der im Zuge befindlichen Fortsetzung der Eisenbahn-Verstaatlichung als unentbehrlich gilt, im Amte verbleibt. Auch das Unterrichts- und Justizministerium dürften vielleicht zwei Minister des Rabinetts Gautsch erhalten; über die Besetzung des polnischen Landsmann-Ministeriums scheinen die Verhandlungen wegen der Reinge der hungarigen Kandidaten einige Schwierigkeiten zu machen. Ob aber alle Genannten für den Eintritt beziehungsweise das Verbleiben in den Ministerposten bereit sein werden, steht noch nicht fest.

Dem Grafen Thun schwebt wohl vor, daß der geistige Großgrundbesitz mit Hilfe seiner lexikalen und nationalen Nachläufer den Ausgleich mit Ungarn unter großen Zugeständnissen an das Ministerium Thun möglich fertigstellen kann, denn dem Großgrundbesitz ist die Höhe des Aufheils Oesterreichs an den Kosten des gemeinsamen Staatsbankhaltes ziemlich gleichgültig, dagegen hat er mit den Agrariern, die Ungarn beherrschen, fast die gleichen Interessen bei der Vorbereitung der Handelsverträge.

Ueber die Stimmung der Parteien zum neuen Kabinet kann noch nicht viel gesagt werden. Vorläufig verhalten sich die Deutsch-Bürgerlichen wie die Jungcechen dem kommenden Kabinet gegenüber sehr reservirt.

Aus den zahlreichen sonst vorliegenden Depeschen entnehmen wir das folgende:

Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, entscheiden heute Nachmittag in Prag die Vertrauensmänner der jungtschechischen Partei über den Eintritt Kaiser's, über denjenigen Varenreiter's die Vertrauensmänner des verfassungstreuen Großgrundbesitzer's, die nach Wien berufen wurden. Mittwoch oder Donnerstag versammeln sich in Wien die Vertrauensmänner der deutschen Fortschrittspartei und der Volkspartei, um zu der neuen Lage Stellung zu nehmen.

Ein Kommunique der Vertrauensmänner der Rechten besagt: Die Rechte ist nicht entschlossen, die Regierung um jeden Preis zu unterstützen, sondern nur für den Fall, daß diese Willen und Entschlossenheit genug besitzen wird, um nach dem Programm der Rechten und im Geiste desselben die unhaltbaren Zustände dieser Reichshälfte zu ordnen. Würde Graf Thun in sein Kabinett auch Vertreter der bisherigen Opposition aufnehmen, so würde dadurch das Verhältnis der Rechten gegenüber der Regierung des Grafen Thun wohl noch kein geradlinig feindseliges werden müssen. Allein es könnte nicht jenes Verhältnis sein, das in so ernster Zeit zwischen der Regierung und der Mehrheit des Parlaments unerlässlich ist.

Den ausführlichen, die verworrene Situation aufhellenden Ausführungen unseres Wiener Korrespondenten ist nichts hinzuzufügen. Die nächsten Tage werden endgiltige Nachrichten über die Zusammensetzung des Kabinetts und sein offizielles Programm bringen.

Das scheint aber sicher, wie auch das öffentlich kundgegebene Programm Thun's lauten mag, daß Thun das Streben Bader's, das alte Oesterreich zu begraben, zu beendigen bemüht sein wird.

Ist es auch wenig schade um das alte Oesterreich, so ist sicher, daß das neue föderalistische Oesterreich auch nicht von laugem Bestande sein wird. An Oesterreich bewährt sich das alte Wort:

Nationalität trennt, Freiheit eint!

An Nationalitäten hatte Oesterreich stets Ueberfluß, die Freiheit hat aber immer gefehlt und sie wird am wenigsten unter Thun kommen, dessen unermüdete, brutale, geistesverderbliche Bekämpfung der Sozialdemokratie von unseren böhmischen Genossen deutscher und tschechischer Nationalität niemals vergessen werden wird.

Nur wenn man sich in Oesterreich zu einer wahrhaft freiheitlichen Politik entschließen könnte, würden die unwiderwärtlich scheinenden, den Bestand des Staatswesens in Frage stellenden Schwierigkeiten überwunden werden können. —

1848.

Erinnerungstage der Revolution.

8. März.

Die von der „Jelen“-Versammlung in Berlin gewählte Deputation kommt in der „Zeitungshalle“ zusammen, um die Adresse „Wünsche der Jugend von Berlin“ dem König ins Schloß zu bringen. Pöblich erscheint der Polizeipräsident von Berlin, Herr v. Minntoll, und erklärt der Deputation, der König wolle die Deputation nicht persönlich empfangen und das Schriftstück dürfe lediglich durch die Stadtpost eingeschickt werden. Er habe den Auftrag, die Deputation nötigenfalls mit Gewalt zurückzuhalten. Man beschließt nunmehr, die Statutenordnungen von Berlin zu ersuchen, das Schriftstück dem König zu übermitteln. — Am demselben Tag erscheint noch eine Proklamation des Königs, in der von Reform der Pressegesetzgebung die Rede ist.

Der Zweibund

und der Zola-Prozess.

Paris, 3. März.
In der Kammerstzung vom 29. Januar rechtfertigte Meline das nichtsehr Verhalten der Regierung in der Dreyfus-Frage mit den patriotischen Worten: „Was wir vertheidigen, das ist der gute Ruf Frankreichs im Auslande.“ Seitdem hat die öffentliche Meinung des Auslandes in unzweideutiger Weise bekundet, daß Meline den guten Ruf Frankreichs unrettbar verächtet hätte, wenn nicht eine muthige Minderheit dem herrschenden Klänge und der verheerenden Menge die Spitze geboten hätte. In der Kammerstzung vom 24. Februar stimmte daher der um ein faules Argument nie verlegene Minister ein anderes Lied an. Die Entrüstung des Auslandes über die Verderbnis des Generalkabinetts sollte nach Meline den Kämpfern für Wahrheit und Recht zur Schande gereichen. Nun aber zählen zum entrüsteten Auslande nicht nur Frankreichs freundliche Länder, wie die Schweiz, Belgien und Holland, sondern sogar das „verbündete“ Ausland. Alles, was in Ausland ehrlich und rechtlich denkt, spricht über die französischen Vorkommnisse im Grunde, von der — nicht immer! — schonenden Form abgesehen, nicht anders wie die deutsche oder englische Presse.

Das Petersburger Blatt „Soy Detschewna“ schrieb im Laufe des Prozesses Zola: „Frankreich ist nicht mehr. ... Es ist auf den Rang barbarischer Völkerschaften herabgesunken. ... Die Dreyfus-Affäre resumirt und verknüpft den Verfall dieses einst großen und jetzt durch die Furcht vor der Wahrheit hypnotisierten Volkes. ...“ In der „Nischnja Wiedomosti“, dem demokratischen Professorenblatt Moskau's, liest man: „Daß noch Frankreich das Recht, sich das Land des Lichtes zu nennen? ... Paris liegt nicht mehr in Frankreich, es ist ein entlegenes Fledchen in Asien oder in Afrika, wohin die Zivilisation noch nicht gedungen ist. ...“

Ueber den Ausgang des Zola-Prozesses schreibt dasselbe Blatt: „Das Urteil wird unweifelhaft die verschiedenartigste Würdigung finden. ... Die Dreyfus-Affäre ist selbstverständlich noch nicht erledigt. Einige im Prozeß Zola ans Licht getretene Einzelheiten des Dreyfus-Prozesses liefern manchen Anlaß zur Agitation für die Wiederherstellung des Verfahrens. ...“ Die „Nowosti“, das Petersburger kapitalistisch-liberale Blatt, kommentirt den Prozeß wie folgt: „Wie zu erwarten war, hat die Vertheidigung unter Theilnahme unbefugter Ankläger in der Rolle von Zeugen und einer zahlreichen Menge Schreibhelfer und Abschreiber ihre Früchte geerntet. Der berühmte französische Schriftsteller muß büßen für seine heldenhaften Vertheidigungen zur Aufklärung der Wahrheit. ... Dieser Druck (de Volksdreyfus) auf die Geschworenen ist in der Geschichte der französischen Justiz beispiellos, ausgenommen natürlich die Zeiten des Schreckens und der Romane. Voltaire hat durch seine wenigen Worte sämtliche Grundlagen der französischen Verfassung umgestürzt. In einem zweiten Leitartikel spricht dasselbe Blatt von dem Einfluß auf die Geschworenen der „terroristischen Eingebungen der Boulevard-Presse und der psychopathischen Menge. ... Der Prozeß hat Zola den Ruhm eines Kämpfers für Wahrheit und für den guten Ruf Frankreichs verschafft.“ Selbst das offiziöse und antisemitische „Nowoje Wremja“ findet das Auftreten Pellieux' und Boisdeffre's „abnorm vom Standpunkt der Einrichtungen, welche überall die Würde des Gerichts und die Unparteilichkeit des Geschworenen-Urtheils garantiren“, und kann nicht leugnen, daß die Geschworenen einem gewissen moralischen Druck ausgesetzt waren. ...“ Schließlich sei noch erwähnt der scharfe Protest des Vorsitzenden des russischen Kassations-Gerichts, des Senators Sankowitsch, gegen die Gesetzesverletzungen in den Prozessen Dreyfus und Skerzhay. Der erste Gerichtsbeamte Russlands wadmerte diesem Gegenstande bereits zwei streng-juristische Artikel in der „Juridischaja Gaseta“ (Juristische Zeitung).

Die Unterthanen des russischen Selbstherrschers, die Meline's Republik juristische Sektionen erteilen — eine schärfere Verurteilung der Asterrepublik ist nicht denkbar. Die Zola freundlichen Blätter erblicken in den Aeußerungen der russischen Presse einen Beweis dafür, daß man in russischen Regierungskreisen von der Unschuld des

Dreyfus überzeugt sei. Sicher ist jedenfalls, daß im Verhalten des liberalen und demokratischen Elements gegen die immer reaktionärer werdende Bourgeoisrepublik zum Ausdruck kommt. Die von den franko-russischen Offizieren und offiziellen Patrioten befugene quasi-mystische Sympathie zwischen den beiden Völkern“ hatte, was Rußland, genauer die russischen gebildeten Schichten betrifft, denselben Grund, wie die Achtung der vorgeschrittenen Elemente aller zivilisierter Länder für Frankreich, das Land der größten Revolution, den Begleiter des allgemeinen Fortschrittes. Nur daß die russischen Sympathien desto lebhafter waren, je größer der politische und kulturelle Abstand zwischen Frankreich und Rußland war. Deshalb aber muß andererseits der Verfall der Bourgeoisrepublik die demokratischen Elemente Rußlands am schmerzlichsten berühren.

Die franko-russische Allianz hat keineswegs Frankreich den bezeichneten russischen Kreisen sympathischer gemacht. Im Gegenteil. Man erkannte dort sehr wohl den reaktionären Einfluß der Allianz auf Frankreich und die Stärkung des Jarenthums durch dieselbe. Die überspannte Jarenthumschweizerei in Frankreich behagt übrigens dem oppositionellen Rußland auch deshalb nicht, weil damit die französischen Revanche-Hoffnungen verknüpft sind. Und zwar darf über diese — vom russischen Standpunkte — bedenkliche Seite der Allianz in der russischen Presse offen geschrieben werden, da auch das offizielle Rußland sich nichts aus der Revanche macht. So schrieb die angesehenen Petersburger liberale Revue „Der Europäische Bote“ — welche in ihrer letzten Februar-Nummer die durch die Dreyfus-Affäre wieder entsandten chauvinistischen Leidenschaften tabelt — anlässlich der Kronradler Allianzakte: „Die Idee einer franko-russischen Annäherung wurde anfänglich im Sinne der Revanche aufgefaßt. Diese Idee, unterstützt von Männern, die einen Krieg mit Deutschland anstrebten, wies Rußland eine allzu naive Rolle zu; eine derartige franko-russische Allianz hätte keine Aussicht auf Erfolg. Die Idee der Allianz gewann Bedeutung erst von dem Augenblicke an, da sie von der elsaß-lothringischen Unterlage losgelöst wurde. ...“

Ueberhaupt wird das chauvinistische Element in der Affäre Dreyfus-Zola ebenso scharf verurtheilt, wie die Gesetzesverletzungen. Vom rein kulturgeschichtlichen Standpunkte bietet die Haltung der russischen Presse eine seltene Gelegenheit zum Vergleich zwischen einem aufstrebenden und verfallenden Bürgerthum. Im autoritären Rußland Appell des Bürgerthums an die „Rechtsordnung“ (das Sologunswort der russischen Liberalen) und Bekämpfung des Chauvinismus, im „republikanischen“ Frankreich Bruch des Rechtsbodens und Züchtung des Chauvinismus im Interesse der Selbsterhaltung der Bourgeoisie, — dieses vielblühigen Jaren Frankreichs.

Politische Uebersicht.

Berlin, 7. März.

Aus dem Reichstage. Die Debatte über die Vorlage, betreffend Aenderung im Postwesen, nahm heute einen Umfang an, der nicht vorausgesehen war. Schon der General-Postmeister von P o d b i e l s k i erging sich in etwas sehr breiter Weise bei der Begründung der Vorlage und die nachfolgenden Redner schienen auch das, was an Gründen fehlte, durch die Länge ihrer Ausführungen ersetzen zu wollen. Besonders die konservativen Herren erwiesen sich heute sehr gesprächig. Nicht weniger als drei Mann sprachen aus ihren Reihen.

Da über die Heraushebung des Briefgewichts von 15 auf 20 Gramm Einstimmigkeit im Hause herrscht, so drehte sich die Debatte ausschließlich um die von der Regierung vorgeschlagene Ausdehnung des Monopols auf die Beförderung aller geschlossenen Briefsendungen innerhalb eines Postbezirks. Der unverständige Eigensinn, mit dem unter dem verstorbenen General-Postmeister v. Stephan an dem niedrigen Briefgewicht und für Berlin an dem hohen Stadtporto festgehalten wurde, hat die Existenz und Ausdehnung der Privatposten ermöglicht, deren Vorhandensein sehr unangenehm empfunden wird und denen durch die Vorlage das Lebenslicht ausgeblasen werden soll.

Für die Ausdehnung des Postmonopols ist nun zweifellos eine Majorität im Hause vorhanden, die Meinungen gehen aber auseinander, soweit die Frage der Entschädigung der bestehenden Privatgesellschaften in Betracht kommt. In Regierungskreisen, das ging deutlich aus den Ausführungen des Herrn von P o d b i e l s k i hervor, möchte man die Entschädigung möglichst knapp halten, dem aber widerspricht der Bourgeoisinstinkt in allen bürgerlichen Parteien. Das Expropriiren und Monopolisiren liegt heute in der Luft, und was heute den Privatposten passiert, kann morgen in anderen Erwerbszweigen Platz greifen. Da heißt es aufpassen und die „wohlerworbenen“ Ausbenteerrechte schützen. Von Dr. Buchka über Herrn Lieber bis zu dem freisinnigen Fischbeck waren deshalb alle Redner darin einig, daß, wenn überhaupt, ohne ausgiebige Entschädigung von einer Ausdehnung des Monopols keine Rede sein könne.

Den Standpunkt unserer Fraktion legte der Abgeordnete Wurm dar. Derselbe lehnte nicht ab, aus Billigkeit, auch in die Verhandlung über die Entschädigung der Privat-Gesellschaften einzutreten, wichtiger aber ist für uns die Frage der Entschädigung oder anderweitigen Unterbringung der durch die Monopol-Ausdehnung brot- und stellunglos werdenden Beamten und Arbeiter der Privatgesellschaften. Von der auskömmlichen Regelung dieser Angelegenheit macht unsere Fraktion die Zustimmung zu der Vorlage abhängig, gegen die grundsätzliche Bedenken unsererseits nicht vorliegen. Um 5 Uhr trat Vertagung der Verhandlung auf morgen Mittag 2 Uhr ein. —

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte heute die Berathung des Kultusgesetzes fort. Die Sitzung entbehrte, wenn sie auch zum größten Theil wieder durch Kulturkompensationen ausgefüllt wurde, doch nicht des allgemeinen Interesses. Zunächst sei die Anknüpfung des Abg. Dr. P o r s c h (Z) erwöhnt, daß das Centrum bei den nächsten Landtagswahlen nur solchen Kandidaten seine Stimme geben werde, die in der Frage der kirchenpolitischen Gesetzgebung seinen Standpunkt theilen. Einen breiten Spielraum nahmen die Erörterungen über das in vorigen Jahre beschlossene Lehrerbefoldungs-Gesetz ein, dessen mangelhafte Ausführung zum Schaden der Lehrer von den Freisinnigen K n r d e und R i c k e r t getadelt wurde. Leider vergessen die Herren die jährliche Haltung, die die freisinnige Stadtverordnetenmehrheit Berlins in dieser Frage eingenommen hat, und geben so den Konservativen v. H e y d e r a n d t und G a m p Gelegenheit, Wahreden zum Fenster hinaus zu halten und unter nicht ganz objektiver Darstellung des wirklichen Sachverhalts die Lehrerfreundlichkeit der Konservativen zu preisen. Der Kultusminister äußerte sich zu dieser Frage nicht, hingegen erklärte er auf eine Anregung des Abg. R i c k e r t, eine größere Summe für Schulbauten in den Etat einzustellen und eine Revision der Schulgebäude vorzunehmen, er wisse dem Finanzminister dafür dank, daß bereits vier Millionen für Schulbauten angewiesen sind, er nehme von einer allgemeinen Revision Abstand, weil dadurch die Begehrlichkeit erweckt würde — wieder ein neuer Beweis dafür, wie sehr in Preußen die wichtigsten Kulturaufgaben vernachlässigt werden. Die endliche Durchführung der Medizinalreform stellte der Minister im weiteren Verlauf der Debatte in Aussicht; da er dies jedoch bereits seit vielen Jahren thut, so wird man auf dies Versprechen nicht allzuviel geben können. Bevor die Medizinalreform durchgeföhrt ist, soll auch die Medizinalabtheilung vom Kultusministerium losgelöst werden. Gingen soll die Kultusabtheilung

entgegen dem Wunsche einiger Abgeordneter, die sie an das Justizministerium anfügen wollen, beim Kultusministerium verbleiben.

Der Kampf gegen den U n s t u r z lehnte in verschiedenen Nebenwieder, so namentlich in den Reden der Herren vom Centrum und des Abg. S t e d e r, die die Kirche zum Kampf gegen die Sozialdemokratie mobil machen wollen.

Als interessanter Zwischenfall sei die Denunziation des früheren Unterstaatssekretärs v. Rottenburg durch den Abg. G a m p (frk.) erwähnt. Dem Agrarier G a m p ist der Rurator der Bonner Universität ein Dorn im Auge, einmal weil er nach seiner Verabschiedung aus dem Reichsdienst eine Anstellung an einer preussischen Universität gefunden hat, was Herr G a m p, trotzdem er sich dazu für äußerst befähigt hält, nicht gelungen ist, sondern aber, weil v. Rottenburg bei der Feier der landwirthschaftlichen Akademie zu Poppelstorf den Agrariern Sympatropie des Egoismus und Mangel an gesellschaftlichem Gefühl vorgeworfen hat. Das gegen ihn disciplinärlich vorgegangen würde, verlangte Abg. G a m p nicht, denn dann sei ihm die Person des Herrn v. Rottenburg zu unbedeutend — im Falle Kron's hat gerade die Partei, der Herr G a m p angehört, am lautesten nach disciplinären Maßnahmen geschrien —, wohl aber forderte er den Minister auf, sich darüber zu äußern, ob ein solches Benehmen gerechtfertigt sei.

Der Kultusminister Dr. W o s s e antwortete ganz, wie es Herr G a m p wünschte, ohne zu bedenken, daß auf denselben Seite der preussische Landwirtschaftsminister sich weit schärfer als v. Rottenburg gegen die Agrarier geköhnt hat. Aber Herr v. Hammerstein hat sich inzwischen gemauert, und v. Rottenburg hält an seiner wohlbegründeten Ansicht fest.

Morgen wird die Berathung fortgesetzt.

Zum Flottengesetz. Die links-ultramontane „Märk. Volkszeitung“ kritisiert scharf die Haltung ihrer Parteiführer Lieber und Gröber in der Kostendeckungsfrage. Das Blatt möchte es aber nicht gelten lassen, daß der „Vorwärts“ von einem Unfall des ganzen Centrums sprechen dürfe. Wir haben aber immer für möglich gehalten, daß eine Anzahl Centrumsmitglieder dem Dr. Lieber in dieser Frage die Gefolgschaft verweigern werden, und wir haben nur gesagt, daß genug Centrumsstimmen sich finden werden, um die Vorlage ganz nach den Wünschen der Regierung fertig zu bringen. Wir dürften also nicht, wie das genannte Blatt meint, „zu früh gesichert“ haben. Es mag einige Gruppen in der Centrumpartei geben, denen das Verhalten ihrer Vertreter in der Flottenfrage sehr peinlich ist, aber sie haben offenbar bei weitem nicht die Uebermacht in der Partei, deren Mehrheit, nach Regierungswomen listet, das Kompagniegeschäft L i e b e r - L i e b e r mit Freunden begründet.

Im übrigen kritisiert die „Märkische Volkszeitung“ recht treffend die Politik ihrer Parteiführer. Sie schreibt:

Wir müssen gestehen, daß wir es nicht begreifen, wie man sich jetzt plötzlich mit einer „Erklärung“ zufriedener geben will und sei sie auch noch so „autoritativ“. Mit Erklärungen und Versprechungen haben wir doch Erfahrungen genug gemacht, die uns wohl zu äußerster Vorsicht veranlassen sollten. Ist nicht die Regierung gesetzlich verpflichtet — und zwar schon seit Anfang der 60er Jahre —, ein allgemeines Volksschul-Gesetz vorzulegen; ist sie nicht ebenfalls schon lange verpflichtet, eine Militär-Strasprozeß-Reform einzuföhren (die erst jetzt vorgelegt wurde, und wie ist sie ausgefallen?); hat nicht im Jahre 1893 Reichszankler Graf Caprivi versprochen, zur Deckung der Kosten des Septennats sollten nur die stärkeren Schultern herangezogen werden? Auf letzteres Versprechen folgte die Quittungs-, Insuperaten-, Weinsteuer etc., — welche allerdings glücklich abgeseht wurden. Und wie ist die Zusage betreffs Milderung des Vereinsgesetzes gehalten worden?

Nein, wenn das Centrum etwas erreichen will, muß es auf einer sofortigen gesetzlichen Regelung der Flottensteuer bestehen; es darf sich auch nicht mit einer bloßen, gesetzlichen Verpflichtung der Regierung zur Einführung der Flottensteuer begnügen, denn es giebt schließlich immer noch Mittel und Wege, auf denen die herrschenden Parteien solche gesetzliche Verpflichtungen hintertreiben können. Man muß das Eisen schmieden, so lange es heiß ist, und gerade der jetzige Zeitpunkt ist für eine Flottensteuer günstig. Wird erst die Flottenvermehrung bewilligt, und später die Kostendeckung erörtert, dann hat das Centrum keinen Trunp mehr auszuspielen, dann wird sich die Regierung auf die Hinterbeine stellen und einer Flottensteuer niemals zustimmen. Warum auch? Sie hat ja ihre Schiffe und die Kosten müssen eben bezahlt werden. Deshalb darf die Frage der Kostendeckung jetzt nicht von dem Flottengesetz losgelöst werden; es muß eine Bestimmung in das Gesetz aufgenommen werden, welche so vollständig und so gut ausgearbeitet ist, daß auf Grund deren eine Deckung der Kosten im Wege der Steuererhebung ohne weiteres möglich ist.

Sollte aber jetzt eine befriedigende Lösung der Frage nicht zu erreichen sein, dann wäre es besser, wenn das ganze Flottengesetz bis zum Herbst verschoben und inzwischen eine entsprechende Lösung gesucht würde. Der Entwicklung unserer Flotte würde das nichts schaden, denn es könnten in den Marine-Etat die für ein Jahr notwendigen Summen eingestellt werden. Das Centrum ist hier in einer verantwortungsvollen, gefährlichen Lage und man würde es ihm im Volke nicht vergeben, wenn es jetzt nicht völlig aus-reichende Fürsorge treffen würde, daß nur die stärkeren Schultern zur Deckung der Flottenkosten herangezogen werden. Das kann aber nur durch gesetzliche Regelung im Flottengesetz selbst, aber auf keinem anderen Wege, erreicht werden.“

Heute Abend tritt die Centrumsfraktion zur Berathung und Entscheidung über ihre Stellung zu den bisherigen Beschläüssen der Budgetkommission zusammen und sie dürfte sich ohne Zweifel besonders auch mit der Kostenfrage befassen. Da wird es sich also bald zeigen, ob ein erheblicher Widerstand gegen die Aufgabe des Statbudgets des Reichstages in Marinefragen und gegen die Art, wie Herr Dr. Lieber über die Kostendeckung hinwegzungen möchte, vorhanden ist. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß ein solcher Widerstand nur in geringem Maße vorhanden ist, daß vielmehr die Fraktion des Centrums dem Vorgehen des Dr. Lieber ihren Segen erteilen wird. —

Rußlands Vormarsch in China. Als vor einigen Monaten russische Kriegsschiffe in Port Arthur und später in der benachbarten Bucht von Talienwan vor Anker gingen, da wurde offiziell erklärt, die Schiffe sollten daselbst nur überwintern. Doch alle Welt war sich darüber klar, daß die Ueberwinterung nur einen vorläufigen Vorwand für die Absicht Rußlands bietet, jene Häfen dauernd in seine Macht zu bringen oder, wie es nun von Okkupationen chinesischen Besitzes heißt, dieselben zu „pachten“. Jetzt ist Rußland mit diesem Plane offen herausgetreten und erzwingt in schroffer Weise seine Erfüllung vom „befreundeten“ Befinger Hofe. Nach einer Londoner Meldung verlangt Rußland das Recht dauernder Besetzung von Port Arthur und Talienwan und wünscht die hierüber schwebenden Verhandlungen bis Ende März zum Abschluß zu bringen. Nach einer Meldung der „Times“ aus Peking hat die russische Regierung sogar eine Frist von nur 15 Tagen zur Beantwortung der Forderungen gestellt und gedroht, im Falle

der Ablehnung der Forderungen ihre Truppen in die Mandtschurie einzulassen.

Die russischen Forderungen beziehen sich aber nicht nur auf die genannten Häfen, sondern auf noch weit mehr. Man verlangt von Russland für eine Eisenbahnlinie Mukden-Niutschuang-Port Arthur, welche an die sibirisch-mandschurische Linie anschließen würde; durch diesen Plan, der übrigens nicht neu ist, würde die ganze Halbinsel Liaotung der russischen Macht anheimfallen. Endlich verlangt Russland aber auch die ausschließliche Verwendung russischer Militärinstrukturen in den nördlichen Theilen des chinesischen Reiches mit Einschluß der Provinz Petchili, in der die Hauptstadt Peking liegt.

Rußland ist also im Begriffe, seinen längst vorbereiteten Plan, das ganze nördliche China seiner Herrschaft unterthan zu machen, in großen Schritten der Verwirklichung entgegenzuführen.

Die chinesische Regierung wird natürlich nicht in der Lage sein zu widerstehen, jetzt um so weniger, als ihr auch in eigenen Lande große Schwierigkeiten entstehen; es wird nämlich berichtet, daß die Vizeregierung in mehreren Provinzen wegen der von der Reichsregierung abgeschlossenen Verträge, besonders, soweit sie die Lizenzen, Abgaben betreffen, sehr unzufrieden seien und an die Proklamierung ihrer Unabhängigkeit denken. Ob andere Mächte, insbesondere England, für den bedrohten Peking Hof ernsthaft eintreten werden, erscheint wenig wahrscheinlich, obwohl die englische Presse sicherlich ihre Regierung wieder zu scharfem Vorgehen gegen Rußland antreiben wird. England dürfte sich auch weiterhin mit einigen Versprechungen bezüglich der Handelsfreiheit in den russifizierten Gebieten — Versprechungen, die Rußland ganz gewiß nicht halten wird und nicht halten will — begnügen und sich im übrigen im südlichen und mittleren China schadlos halten.

Deutsches Reich.

— Graf Posadowsky hat nunmehr auch seine „Arbeiter“ vertreten gefunden, die ihn um Schutz ansehn gegen die Vergewaltigungen durch „sozialdemokratische Agitatoren“, oder, wie es zum Schluß der Eingabe nochmals heißt: durch „ruhestörende arbeitsscheue Personen“, durch „auführerische Elemente“. Und wer sind diese Repräsentanten der stillen, ehrlichen Arbeit, der „Pflicht auf rechtlichen Erwerb“? Die Manöver-, Zimmer- und Steinmetz... Poliere, Herr Zorgan-Schöneberg und Herr Haupt-Berlin an der Spitze! Erst die Baugewerksmeister, die freiere Bahn für Todtschlag und Körperverletzung seitens der unehelichen Bauleiter fordern, und nun auch die Poliere, mit diesen anderwärts Bundesgenossen zur Seite muß die neueste Sozialpolitik beispiellose moralische Triumphe erringen!

Die Streiks sind den Polieren natürlich „in den meisten Fällen das Werk einiger sozialdemokratischer Agitatoren“, sie waren meist völlig ungerechtfertigt, indem die derzeitigen Lohn- und Arbeitsbedingungen der augenblicklichen Lage der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte und dem herrschenden Verkehrsgesetze entsprachen, jedoch sich die neu aufgestellten Forderungen lediglich als agitatorische Pläne der Streikführer zu dem Zwecke kennzeichnen, den Unfrieden zwischen den Gruppen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu nähren und die Kluft zwischen beiden zu erweitern.

Der Arbeiter habe sein Recht auf Arbeit ganz verloren; alljährlich würden auf diese Weise erhebliche Kapitalien dem Nationalvermögen entzogen, zahlreiche Familien in Vermögensverfall gebracht und auf die öffentliche Armenpflege angewiesen.

Als Arbeitervertreter und „friedliebende Arbeiter“ ersuchen nun die Petenten um „nachhaltigsten Schutz“ und „schnelle und strenge Abwendung jeder Gesetzesverletzung von Seiten der Streikführer“.

Bezeichnenderweise scheinen sie dem Grafen Posadowsky keine großen Erfolge bei seinem Anlauf gegen den § 153 der Gewerbeordnung zuzutrauen. Sie wollen also „innerhalb der geltenden Rechtsregeln“ möglichst viel Terrorismus seitens der Polizei und der Gerichte. Ihr Ideal ist — wir wissen nicht, ob mit Recht oder Unrecht — die Polizei in Eleganz:

„Die Polizeibehörde hatte durch eine Verordnung das Aufstellen von Plakosten, das Besetzen der Zugangsstraßen und der Bahnhöfe, das Absperren des Arbeiterzuges unter Strafanandrohung untersagt. Die Streikführer haben selbst anerkannt, daß dieses energische Vorgehen sie zum Aufgeben der Arbeitseinstellung bestimmt habe.“

So die Poliere, wegen deren Unterstützung wir das Reichsamt des Innern ebenso ausfindig beglückwünschen, wie wir es seinerzeit bei der Eingabe der Baugewerks-Innung getan haben. Sage mir, mit wem du intimen Umgang hast, und ich will dir sagen, was deine Sozialpolitik werth ist.

— Ueber die Erzeugung und die Behandlung des Saccharins in den verschiedenen Ländern sind der 10. Kommission des Reichstages einige interessante Schriftstücke seitens des Reichsschatzmeisters überreicht worden.

Danach betreiben in Deutschland heute 5 Fabriken die Herstellung von Saccharin und ähnlichen Süßstoffen: Friedel-Berlin, Fahlberg, List u. Co. in Salzbitterhagen, die Farbwerke Hoechst a. M., die Farbenfabrik vormals Bayer u. Co. in Elberfeld, die chemische Fabrik von Heyden in Madeben. Die Produktion ist genau zu bemessen, weil die Fabriken auf Grund des Zuckersteuer-Gesetzes der Kontrolle der Steuerverwaltung unterworfen sind; sie betrug in den Betriebsjahren 1894/95 bis 1896/97 etwa 88—84 1/2 tausend Kilogramm, scheint aber seit dem Ablauf des letzten Betriebsjahres, also seit August 1897 in rascherem Wachsen begriffen zu sein, vielleicht — wie die Regierung erwägt — nur infolge der drohenden Besteuerung, um rasch noch unversuete Mengen in den Verkehr zu bringen. Etwa 2/3 der Produktion gehen gleich von den Fabriken in das Ausland. Von den 1/3, welche die Inlandshändler zunächst übernehmen, scheint ebenfalls ein beträchtlicher Theil später wieder exportirt zu werden, so daß höchstens ein Viertel bei uns Verwendung findet. Von einer Einfuhr kann bei uns demnach nur unter ganz außerordentlichen Umständen vorübergehend einmal die Rede sein.

Viele Staaten haben hohe Eingangszölle (Finland 12000 Mark pro Doppelcentner), die wie ein vollständiges Verkehrsverbot wirken sollen, da diese Länder selber kein Saccharin erzeugen. Norwegen und England verbieten die Verwendung zur Bierbereitung, Spanien für Nahrungszwecke. Belgien, Italien, Portugal, Rußland, ähnlich auch Schweden, beschränken das Saccharin auf den medizinischen Verbrauch.

Die italienischen Bestimmungen von 1880/80 und die belgischen von 1897 werden unserer Reichstags-Kommission wahrscheinlich zum Anhalt dienen, nur daß man bei uns dem Ausgang aus den Fabriken ähnlich überwachen folgen wird wie dort der Einfuhr über die Grenze. In Belgien z. B. ist die inländische Herstellung verboten. Jeder Apotheker, der ein bestimmtes Quantum einführen will, hat dafür vom Finanzminister die ausdrückliche Genehmigung einzuholen. An der Grenze wird die Waare revidirt, sie geht unter Polizeischutz bis zum Wohnort des Apothekers, wo das Steueramt die Einfuhr überwacht. Der Apotheker darf das Saccharin nur auf ärztliche Verordnung verabfolgen. Er ist zu einer genauen Registerführung über die eingegangenen und abgegebenen Mengen verpflichtet, so daß die Behörden aus dem Stande des Vorrathes im Vergleich zu den Nachweisen des Registers sich jederzeit davon überzeugen können, ob unerlaubte Mengen eingeführt oder Quantitäten zu unerlaubten Zwecken abgesetzt worden sind.

Wenn wir die Situation richtig benutzten, so ist bei uns nicht nur die Mehrheit der Reichstagskommission, sondern auch die Regierung für den Weg der Verkehrsbeschränkung, nicht der Besteuerung und Verfolgung. Besonders eilig wird man es damit jedoch nicht haben.

— Kultusminister Dr. Hoffe hat eben wenig Glück, besonders wenig in der Auswahl seiner Räte, denen er vertraut und die thatsächliche Leitung der Geschäfte überläßt — so schließt ein answärtiges Blatt seine kurzen Ausführungen zur lex Kronz. Uns kamen diese Worte wie eine Erleuchtung. Jetzt ist es uns klar — Herr Hoffe, der sich seiner Offenheit und Rückhaltlosigkeit rühmt, Herr Hoffe, der Mann der vollen und ganzen Wahrheit, hat bei der ersten Lesung der lex Kronz im preussischen Abgeordnetenhause — trotz des bösen Scheines — sich nicht geirrt.

Es ist in der That die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß einer seiner Räte den Universitätsrichter mit der Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen Kronz im Namen des Kultusministers beantragte, ohne Vorwissen des Ministers. Und kann es dann Wunder nehmen, daß nach dem für das Ministerium recht kläglichen Ausfall dieses Verfahrens der Rath dem Minister gegenüber erst recht Stillschweigen übt? Wenn also Herr Hoffe in jener Sitzung des Abgeordnetenhauses behauptete, „rückhaltlos die ganzen Vorgänge“ dargelegt zu haben, trotzdem er jenen wesentlichen Mißerfolg nicht mit einem Wort erwähnt hatte, so hat er sich anscheinend in gutem Glauben befunden — er konnte offenbar jene Vorgänge nicht, seine Räte, denen er vertraut und die thatsächliche Leitung der Geschäfte überläßt, trifft die Verantwortung für die objektive Unwahrheit. Ein Unstund freilich ist noch nicht völlig aufgeklärt; nach den ersten Auseinandersetzungen des Ministers in jener Landtagssitzung hatte Herr Mundel hervorgerufen, daß der Fall Kronz noch nicht vollständig vorgetragen sei und auf jene Vorgänge im Jahre 1893 hingewiesen. Hätte das Herr Hoffe nicht auffallen und ihn zu einer schnelleren Erkundigung bei den ihm umgebenden Kommissaren veranlassen müssen? Wir wollen hoffen, daß auch noch über diesen letzten Zweifel Klärung erfolgt.

In Herrn Hoffe's Interesse wäre eine solche Erklärung ganz sicher gelegen. Schreibt doch ein medizinisches Fachblatt zu der vom Minister geplanten Errichtung von ärztlichen Disziplinar-Kammern:

„Selbst wer an dem unbedingten Vertrauen zu den Worten des Herrn Kultusministers auch nach der Veröffentlichung der drei Dokumente in Sachen Kronz noch festhielt, wird — recht genaue Prüfung dessen, was Herr Hoffe in seinem Erlaß versprochen, im Besonderen verlangen müssen.“

Herr Hoffe sieht, daß früheres Vertrauen zu seiner Offenheit und Ehrlichkeit ist im Schwanken begriffen — er wird uns dankbar sein, daß wir ihm Gelegenheit geben, auch die letzten Zweifel zu zerstreuen, nachdem wir bereits unser Möglichstes zu seiner Entschuldigung gethan.

— Das Mitglied des Herrenhauses Graf Wilhelm zu Stolberg-Wernigerode, General der Kavallerie, ist auf seinem Wohnsitz zu Alt-Zannowitz, Kreis Hirschberg, gestorben.

— Wie notwendig die strenge Ueberwachung der Bäckereien und dementsprechend die Aufrechterhaltung der Bundesratsverordnung ist, gegen die von den Bäcker-Innungen Sturm gelaufen wird, zeigt eine Mittheilung der „Frankf. Zeitung“, wonach in Bamberg bei der letzten Ausmusterung der Militärpflichtigen fast alle Bäckergehilfen mit der Krätze behaftet gefunden wurden. Es sollen nun energische Maßregeln getroffen werden, daß diese elsthaften Hautkrankheiten aus dem Betriebe der Lebensmittel-Vereitlung verschwinden.

— Chronik der Eisenbahn-Unfälle. Amlich wird aus Mainz heute gemeldet: Am Sonntag, den 6. März sind in dem Güterzuge 481, welcher die Station Gustausburg um 7 Uhr 48 Minuten abends durchfahren hatte, fünf theilweise beladene Güterwagen auf dem Damme noch vor der Brückbrücke entgleist, wodurch beide Geleise bis gegen 8 Uhr morgens gesperrt waren. Vom Personal des Zuges ist dabei niemand verletzt worden. Soweit es möglich war, wurde der Verkehr durch Umheigen, sowie durch Ueberleitung der Reisenden auf die rechtsseitige Strecke aufrecht erhalten. Die Untersuchung ist sofort eingeleitet worden. Die Ursache der Entgleisung ist noch nicht festgestellt.

— Weimarer Landtag, 5. März. (Eigener Bericht) In der heutigen Sitzung wurden die für das Fortwachen nöthigen Gelder bewilligt, die Regierungsvorlage betr. der Verbesserung der Gehälter sand einstimmige Annahme; die Abg. Casselmann (rs) und Baude (ls) traten für erhöhte Aufbesserung der Gehälter der Forsthausleiter ein, der Antrag wurde nur von sieben Abgeordneten unterstützt. — Unter den neuen Eingängen befindet sich ein Gesuch der Gewerkschafts-Kartelle der größeren Städte des Großherzogthums, betreffend die Erhaltung und Erweiterung des Koalitionsrechtes der Arbeiter.

— Aus Elsas-Voshringen, 5. März. (Eig. Ber.) Während der Vertreter der reichsständischen Regierung im Reichstag die Diktatur in Elsas-Voshringen als ein bloßes „Schlagwort“ hinzustellen beliebt, mit dem sich bequem manipuliren lasse, sährt man bei uns ruhig fort, in der Praxis nach den alten Entrechtungs- und Unterdrückungsgrundsätzen zu regieren. Verfloffene Woche sollte in Colmar eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung stattfinden, für welche ein Referat des Herrn Weismann aus Stuttgart über die Stellung der Arbeiterschaft zu der reichsgesetzlichen Organisation des Handwerks vorgesehen war. Die Genehmigung derselben wurde polizeilich ohne jede Angabe von Gründen verweigert. Die betreffende Polizeiverfügung entspricht genau dem Schema jener Klasse, mittels deren man bei uns auf Grund der diskretionären Befugnisse der Verwaltungsbehörden der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit der Arbeiterschaft den Kraken ungedreht pflegt. Es lautet kurz und bündig:

Colmar, den 28. Februar 1898.

Die von Ihnen durch Eingabe vom 26. d. Mts. für den 3. März angekündigte öffentliche Versammlung würde nach Art. 1 des Gesetzes vom 3. Juni 1868 nur mit Genehmigung des Herrn Bezirkspräsidenten stattfinden können.

Der Herr Bezirkspräsident hat diese Genehmigung verweigert, weshalb die Versammlung unterbleiben muß.

Der Kreisdirector. (gez.) Dr. Carlus.

Schumm! — In unserm reichsständischen Parteiorgan schreibt ein Parteigenosse aus dem Oberelss auf dieser neuesten Illustration des „Galley'schen Schlagwortes“: Wir waren nicht sehr überrascht, als wir das Verbot erhielten. Nachdem die Herren Kreisdirectoren und Bürgermeister unter vieler Mühe eine Art Handwerker-Organisation zu Stande gebracht, wie sollten sie sich da von den Arbeitern etwas dreinecken lassen?! Die Herren Meister und Unternehmer werden von Staat, Gemeinde und Kirche gebührend und gestreichelt, werden zur Gründung eines wirtschaftlichen Interessensbundes eingeladen, und wenn sich die Arbeiter ihrerseits die Freiheit nehmen, aus dieser allgemeinen Organisation des Handwerker- und Unternehmerthums für sich die Aryanwendung zu ziehen, so werden ihre Versammlungen verboten. Bedarfs noch fernere Fingerzeige, um der Arbeiterschaft die Augen zu öffnen? —

— Chinesisches. Der „Reichs-Anzeiger“ meldet: Die von dem kaiserlichen Gesandten in Peking mit der chinesischen Regierung geführten Verhandlungen sind zum Abschluß gelangt. Der Vertrag, welcher auch die an Deutschland in Schantung gewährten wirtschaftlichen Zugeständnisse umfaßt, ist am 6. ds. Mts. von beiden Theilen unterzeichnet worden.

Das Wolffsche Bureau theilt mit: Nach telegraphischen Nachrichten aus China ist der Fall des deutschen Missionars Homeyer von der Berliner Mission, der bekanntlich landeinwärts von Canton verurundet und beraubt worden war, nunmehr befriedigend erledigt. Die Thäter und die der Nachlässigkeit schuldig befundenen Beamten werden bestraft. Der Generalgouverneur hat eine namhafte Summe als Entschädigung angewiesen und sich auch antheilhaft gemacht, den Erwerb dreier Grundstücke zur sicheren Unterkunft für die Missionare zu vermitteln.

Oesterreich.

Prag, 6. März. Im Laufe des Tages fanden vereinzelt Aufsammlungen statt, die von der Polizei, welche Zusammenkünfte mit Studenten beschränkte, zerstreut wurden. Ein Student wurde durch Steinwürfe verletzt. Im Laufe des Nachmittags wurden mehrere Fensterheben einzelner Gebäude eingeworfen. Fünf Personen wurden theils wegen Einmischung in Amtshandlungen, theils wegen aufreizender Reden verhaftet.

Prag, 6. März. (Eig. Ber.) Die kritische Lage der Regierung, mag sie nun Goutsch oder Thun heißen, wird durch den Umstand erschwert, daß sich die Politik nicht auf das Parlament allein beschränkt, sondern jeden Augenblick auf die Straße überspringen kann. In der letzten Zeit haben es in Oesterreich die Politiker gelernt, die „Argumente der Straße“ ins Feld zu führen, die Menge zu gebrauchen und auch zu mißbrauchen. Daß da eine gewisse Erregung und Lebhaftigkeit in der Masse blieb, ist selbstverständlich. Raum ist in Prag das Farbenverbot aufgehoben, dessen Verantbarung von der kuglischen Regierung nur im Amtsblatte erfolgte, so ist auch das Straßentreiben wieder erwacht. Gestern kam es in der sechsten Abendstunde zu einigen Aufsammlungen, meist von Schülern und Lehrern, die nationale Lieder singend durch die Straßen zogen und erst gegen neun Uhr von der Polizei zerstreut werden konnten. Heute Vormittag machten vielleicht einige farbige Mähen böses Blut erregt haben, und so kam es am Abend abermals zu „Demonstrationen“. Man kann dieses Schreien und Hinmüherlaufen der „jüngsten Generation“ wohl gern nicht so bezeichnen, denn ein politischer Anlaß zu jeder dieser Kundgebungen liegt nicht vor. Dennoch wird dadurch die Erregung gesteigert und abermals greift die Polizei am Wenzelsplatz ein. Ein ernstlicher Zwischenfall kam nicht vor. Bis jetzt haben diese Aufsammlungen auch keinen ersten Charakter; doch scheint es, daß durch diese „Straßenpolitik“ eine gewisse Presion auf die Regierung ausgeübt werden soll. Daß gerade die Schülern diese Aufgabe zu erfüllen haben, ist sehr traurig.

Frankreich.

Paris, 5. März. (Eig. Ber.) Nach vierstägigen Debatten hat die Kammer die 1892 zuerst eingeführten Seidenprämien erhöht und um weitere 10 Jahre verlängert. Die sechsjährige „Ernunterungszeit“ hat den Appell der prämiirten Seidenraupenzüchter und Seiden Spinner gereizt, aber keineswegs die Nothwendigkeit der Einfuhr für die Lyoner Seidenweberei beseitigt. Von den über 3 Millionen Kilogramm jährlich verarbeiteter Seide entfallen auf die einheimische Produktion bloß 800 000 Kilogramm. Daher die Unmöglichkeit eines Schutzzolls, soll anders die Lyoner Export-Industrie nicht ruiniert werden. Der Schutzzoll wird nun durch die Prämien ersetzt. Den Steuerabnehmern erwächst daraus eine Last, welche im Budget für das laufende Jahr insgesamt 8,8 Millionen Frank betragt: 4 1/2 Mill. für die durchweg kleindückerigen Raupenzüchter und 3,8 Mill. für die 280 Seiden Spinner-Besitzer. Bei Abwesenheit jedes Schutzzolls erhalten letztere natürlich Prämien auch für die Verarbeitung ausländischer Kolons, aber etwas weniger als für die Verarbeitung inländischer, 5/8 gegen 6/8 Fr. pro Kilo gesponnene Seide der ersten Sorte u. s. f. Die Prämien der Seiden Spinner kommen nahezu dem ganzen Betrage des von ihnen gezahlten Arbeitslohnes gleich. Der Lohn ist nirgends höher als 1 1/2 Fr. (1 M. 20 Pf.) täglich, meist niedriger, bei einer Arbeitszeit von vielfach 12 bis 14 Stunden! Trohdem ist es Genossen Jaurès, der sich an der Debatte in hervorragender Weise betheiligt, nicht gelungen, für die Spinnerinnen eine Arbeitszeit von 10 Stunden unter Beibehaltung der bisherigen Höhe als Minimum durchzusetzen. Sein Antrag wurde nachher von radikaler Seite in der Form einer maximalen Arbeitswoche von 60 Stunden ohne Berücksichtigung des Lohnes wieder aufgenommen und von der Kammer mit bloß 8 Stimmen Mehrheit votirt. Der Senat wird aber den Antrag um so eher verwerfen, als dessen Annahme in der Kammer gegen den Willen der Regierung geschah. Ferner wurden die Seiden Spinner verpflichtet, unter Strafe des Verlustes der Prämie höchstens 10 vSt. ausländischer Arbeiter zu beschäftigen. Diese sozial-chauvinistische Idee, welche in der vorjährigen Jaurès-Debatte abgelehnt worden war, vereinigte nunmehr debattelose 898 gegen 118 Stimmen. Auch eine Folge der Jolo-Dreyfus-Affäre! . . . Sammtliche Sozialisten stimmten mit der Mehrheit. Daß gesammte Votum gelangte zur Annahme mit 494 gegen 76 Stimmen. Die Sozialisten stimmten theils für, theils gegen, theils enthielten sie sich der Abstimmung.

Die Wahl des sozialistischen Kandidaten Navarre zum Vorsitzenden des Pariser Gemeinderathes ist die erstmalige Anerkennung der sozialistischen Erfolge in den Pariser Gemeindevahlen von 1896. Bisher haben die Radikalen der stärkeren sozialistischen Gruppe die Ehre des Vorsizes perwiegert. In den leztjährigen Präsidentswahlen hatten sich die braven Radikalen sogar in ein Schachergeschäft mit der kapitalistisch-reaktionären Minderheit eingelassen. Diesmal ging das beim besten Willen nicht, da die Kammerwahlen vor der Thür stehen und auch in Paris ein Wahlkampf zwischen Radikalen und Sozialisten vielfach ein Gebot der Nothwendigkeit ist. Der Erfolg der Präsidentswahlen ist daher von gewisser günstiger Vorbedeutung für die Pariser Kammerwahlen. Navarre zählte bis vor wenigen Jahren zur radikalen bezw. „sozialistisch-radikalen“ Gruppe. Er ist im Gemeinderathe seit 1885 und ist ein gediegener Kenner namentlich des städtischen Unterstufungswesens. Einen hervorragenden Dienst leistete er den Sozialisten Ende 1894, als er in der Stichwahl zu Gunsten Géraud-Richard's sich zurückzog und so dessen Wahl, das Vorspiel der Demission Casimir Perier's, sicherte.

Belfort, 6. März. Bei einem von der republikanisch-progressivsten Partei heute hier zu Ehren Bourgeois' veranstalteten Banquet hielt letzterer eine Rede, in welcher er auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen hinwies, bei denen es sich darum handeln werde, das Erbtheil der Vergangenheit zu vertheidigen und zu verhindern, daß die Autorität des Papstes und des Königs die des Volkes ersehe. Die Gemäßigten, die Legitimisten und die Nationalen ständen unter der Fahne der offiziellen Kandidatur zusammen. Zur Dreyfus-Affäre übergehend warf Bourgeois der Regierung ihre verzögerten Erklärungen in dieser Angelegenheit vor. Bourgeois schloß mit einem Appell an die Einigkeit der Republikaner.

England.

— Rundgebung der englischen Handels-Kammern gegen die deutsche Handelspolitik in Ostasien. Wie aus London berichtet wird, hat der ständige Ausschuß der Handelskammern Englands beschlossen, der am 12. März in London zusammentretenden Delegirtenversammlung der Handelskammern eine Resolution vorzulegen, worin ausgesprochen wird, daß die von der deutschen Regierung durch die Pachtung von Kiautschau inaugurierte Handelspolitik den allgemeinen Interessen des europäischen Handels zuwiderlaufe. Es soll demnach die englische Regierung ersucht werden, bei der deutschen Regierung die völlige Gleichstellung der deutschen Handelspolitik mit der bisher von England innegehaltenen zu beantragen.

Belgien.

Brüssel, 6. März. (Eig. Ber.) In ganz Flandern herrscht eine ungeheure Gährung auf dem flachen Lande; unter den Arbeitern und Bauern hat eine so allgemeine und wachsende Enttäuschungsbewegung Platzgegriffen, daß das katholische Regimient in Flandern ernsthaft gefährdet ist. Das von dem Gener Bischof Mgr. Stillemans über den christlich-demokratischen Führer Abbe Daens verhängte Verbot, in politischen Versammlungen aufzutreten und ein parlamentarisches Mandat anzunehmen, hat die schon längst dahinschiebende Gährung zum Ausbruch gebracht. Daher der Beschluß der Bischöfe, allen Priestern die Annahme eines parlamentarischen Mandats zu verbieten, und der Bistlicher Bischof Mgr. Dutrelouy hat bereits dem Senator Abbe Keesen verboten, sich um die Verlängerung seines Mandats als Senator zu bewerben. Doch das vermag nicht mehr den Sturm aufzuhalten, und die kleine

Partei-Nachrichten.

Die fünf Mitglieder des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei sind der Genossenschaft zur Herstellung der ...

In den ober-schlesischen Wahlkreisen ist insofern eine Aenderung unserer Kandidatenliste eingetreten, als an Stelle des Genossen ...

Gemeindevahlen in Oester-Ossan. In Sedow, Bergen, Preungesheim und Braunheim wurden in der dritten Klasse die Arbeiterkandidaten mit großer Mehrheit gewählt.

Gegen die ministerielle Nichtbeschäftigung unseres Parteigenossen Paul Hug als Beigeordneter der Gemeinde Pant ...

Die Arbeiter-Zeitung in Halberstadt, die seit Neujahr zweimal wöchentlich erscheint, wird vom 1. April an dreimal wöchentlich herausgegeben.

In Leipzig ist ein Wahlverein für den 12. Reichstags-Wahlkreis (Stadt Leipzig) gegründet worden.

Für Parteizwecke gingen aus Zwickau ein: Von Richard M. 5,20, August M. 4,80, Julius S. 3,20, Gottlieb K. 6,00, Hermann Sch. 2,00, Robert A. 8,80, Johann W. 4,00, Otto R. 2,00, August J. 4,00, Gustav L. 2,50, Albin B. 20,40, Christian A. 4,00, Gustav Z. 25,80, Vom Weihnachtsmann 75,00, Mothar Johannes 3,68, Seiler S., A. B. V. 162,42, Zillner 8,00, Adam Sann 3,00, Kampfgenossen an der Platz 3,00, Hammerbüchse 4,00, Brand 6,55, Heinrich 13,45, Feiner David 18,54, Theodor M. 1,00, Vom Wolf in der Rose 1,00, Buchbinder 10,00, August M. 1,00, M. K. 1,00, Papierliste Zwickau 2,50, St. Ann. 88,31, Puh 30,00, W. V. 11,60, D. V. 30,00, Hermann A. 31,64, Hermann S. 6,50, Vohr 15,90, Tabakarbeiter Zwickau-Scheidevit 14,20, Goldig 9,20, Summa: 784,69 M.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Durch eine Notiz über die Beerdigung eines angeblich Scheintodten in Postgegendorf soll die Breslauer 'Volksmacht' groben Unfug begangen haben.

Der verantwortliche Redakteur der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung in Kiel, Genosse Lüttgens, wurde am Sonnabend wegen Verleumdung des Regierungspräsidenten in Schleswig zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Verkehr und Umgebung.

Zum Schuhmachereistreik ist mitzutheilen, daß bis jetzt noch keine Verhandlungen stattgefunden haben.

Die Schuhmacher der Friedrichstadt (Handarbeiter) erklärten in einer am Montag abgehaltenen Versammlung, den Streik der Fabrik Schuhmacher wegen seiner prinzipiellen Bedeutung mit allen Mitteln zu unterstützen.

In Weiskensfeld hat eine Gewerkschaftsversammlung erklärt, daß der Streik der Berliner Schuhmacher von großer prinzipieller Bedeutung für die gesamte Organisation der Schuhmacher Deutschlands sei.

Achtung, Zimmerer! In Erwiderung auf die Bekanntgabe von Knüpfer und Kube in Nr. 35 vom 6. März habe ich zu erklären, daß ich gezwungen war, die Gelder vorläufig zurückzuhalten.

Achtung, Holzarbeiter! Die Gesellen der Bantischlerei Meuter, Steinmeyer, 24 und der Möbeltischlerei Gebrüder Geisler, Lothringerg. 89, waren gezwungen wegen Lohn-differenzen die Arbeit niederzulegen.

Die Packerfahr-Angestellten nahmen in einer Versammlung, die am Sonntag Nachmittag stattfand und von etwa 500 Personen besucht war, nachstehende Resolution an.

Die Packerfahr-Angestellten nahmen in einer Versammlung, die am Sonntag Nachmittag stattfand und von etwa 500 Personen besucht war, nachstehende Resolution an.

Die Packerfahr-Angestellten nahmen in einer Versammlung, die am Sonntag Nachmittag stattfand und von etwa 500 Personen besucht war, nachstehende Resolution an.

vlämische Presse ruft mit echt vlämischer Festigkeit das Volk zum edelsten Kampfe gegen die Mexikaner auf.

Dänemark.

Ein Finanzkonflikt ist für die nächste Zeit garnicht ausgeschlossen. Für die dritte Lesung des Budgets liegen nicht weniger als 224 Änderungsanträge vor.

Der Folkeeting hat das Schulgesetz in zweiter Lesung behandelt. Die Moderaten sind gegen den Zuschuß von 270 000 Kronen, welcher der Stadt Kopenhagen für das Schulwesen gewährt werden soll.

Schweden.

Dem Reichstag ist in der vorigen Woche der hier früher schon besprochene und als unannehmbar bezeichnete Regierungsantrag einer Arbeiter-Alterversicherung zugegangen.

Italien.

Nom, 6. März. Wegen eines Zeitungsstreikes fand heute zwischen dem Deputierten Macola, dem Direktor der 'Gazzetta di Venezia' und dem Deputierten Cavallotti ein Duell statt.

Cavallotti, der so schmählich geendet, war 1842 geboren, jung schloß er sich Garibaldi an, unter dessen Truppen er ehrenvoll kämpfte.

Madrid, 6. März. Der Minister des Aeußern zeigte dem amerikanischen Gesandten Woodford an, die spanische Regierung wünsche, daß der amerikanische Generalconsul in Havanna, F. See, abreisen und die Kriegsschiffe vor Kuba durch Handelschiffe ersetzt würden.

Spanien.

Madrid, 6. März. Der Minister des Aeußern zeigte dem amerikanischen Gesandten Woodford an, die spanische Regierung wünsche, daß der amerikanische Generalconsul in Havanna, F. See, abreisen und die Kriegsschiffe vor Kuba durch Handelschiffe ersetzt würden.

Havana, 7. März. Die Wahlen für die kubanischen Kammern werden am 27. April stattfinden.

Serbien.

Milutin Garaschian, der serbische Gesandte in Paris, ist im Alter von 55 Jahren gestorben.

Türkei.

Konstantinopel, 6. März. Wegen den ersten Sekretär des bulgarischen Legations, Markadrosow, wurde gestern Mittag ein Attentat verübt.

Griechenland.

Athen, 5. März. Die Deputiertenkammer nahm heute den Gesetzesentwurf über die Finanzkontrolle in zweiter Lesung an.

Zur Kandidatur des Prinzen Georg erhält die 'Intern. Korresp.' folgende Meldung aus Athen: Es wird behauptet, daß die italienische Regierung nunmehr in der kritischen Frage die Initiative ergriffen und dem Sultan die Verletzung des Prinzen Georg dringend empfohlen habe.

Niien.

Bombay, 7. März. Die Reibung zwischen der Stadtverwaltung und der Kommission hat letzten Sonnabend den höchsten Grad erreicht, als die Stadtverwaltung die Zahlungen an die Kommission einstellte.

In Hensburg ist der Formerkreis, der bei der Firma Jeyson u. Sohn ausgebrochen war, gütlich beigelegt.

In Halle a. S. waren nach einer vom Gewerkschaftsrat aufgenommenen Statistik, die sich auf die Zeit vom 1. April bis 1. Oktober 1897 erstreckt, insgesamt beschäftigt: 15 415 bis 16 715 Arbeiter, 2084 bis 2134 Arbeiterinnen, 2059 bis 3084 Jugendliche.

Die Zahl der organisierten Arbeiter betrug am 1. Oktober vorigen Jahres 3138. Die Hirsch-Dunker'schen Vereine sind dabei jedoch nicht berücksichtigt worden.

Revision hat der Staatsanwalt eingelegt in der Sache des Vorstehenden des Zimmerer-Verbandes, Uebertretung des § 360 Abs. 9 des St.-G.-B. betreffend. Jener Verband soll eine Versicherungsanstalt sein, was das Landgericht aber nicht angenommen hat.

Ueber die Ursachen des Streiks der Maurer Naumburgs berichtet das 'Volksblatt für Halle':

Die Naumburger Maurer, die überall, wo sie hinkommen, den Ruf mitbringen, ihre Arbeit sehr gut gelernt zu haben, mußten sich bei eifriger Arbeit mit einem Stundenlohn von 20 bis 30 Pfennigen abfinden lassen, und nur sehr wenige (Poliere, Vorarbeiter) erhielten einen Lohn bis 33 Pfennigen.

Der Löpferkreis in der Fabrik Saxonia in Meissen-Gölln wurde am Sonnabend in einer Versammlung mit 134 gegen 19 Stimmen für beendet erklärt, nachdem die Direktion Zugeständnisse gemacht hatte.

Der Streik der Waggonarbeiter in Graz ist noch nicht beigelegt, die Zahl der Streikbrecher will sich trotz aller Anstrengungen des Direktors Profosch nicht vermehren.

Soziales.

Der Arbeitsmarkt im Februar erhielt durch die andernahweise Lage im Baugewerbe gegenüber dem vorigen Jahre ein stark verändertes Aussehen.

Abgenommen hat der Andrang der Arbeitslosen in Birkdorf, Erfurt, Gera, Jannover, Osnabrück, Münster, Elberfeld, Düsseldorf, Aachen, Kreuznach, Frankfurt a. M., Darmstadt, Heidelberg, Bahr, Mannheim, Konstanz, Pforzheim, Stuttgart, Rastatt, Ludwigsburg, Göttingen, Reutlingen, Heilbronn, Ulm, Färth, Augsburg, Brunn, Vorn.

Arbeiterwohnungen. In Färth erbot sich der Baumeister Rißkall, angesichts des Mangels an kleinen Wohnungen eine Anzahl Arbeiterwohnhäuser zu erbauen.

Wien, 7. März. (W. Z. B.) Der 'Neuen Freien Presse' zufolge ist das Kabinet Thun folgendermaßen zusammengesetzt: Vorkitz und Junger Graf Thun, Landesvertheidigung Graf Deßnerheimb, Eisenbahn Ritter v. Witted, Unterricht Graf Ryland-Abndt, Justiz Adler v. Hübnor, Finanzen Raigl, Handel Wänreither, Ackerbau Baron Raf, Minister für Galizien Professor Mikewski.

Prag, 7. März. (W. Z. B.) Deuts Abend kam es neuerdings auf dem Graben zu großen Ansammlungen.

Paris, 7. März. Die Entgleisung des Zuges Lyon-Wien (nicht wie irrthümlich gemeldet, Lyon-Wien) ereignete sich um 1 Uhr 30 Minuten. Dem Güterzug Marseille-Paris versperrten die Maschine und zwei Wagen des entgleiteten Zuges das Geleise.

Paris, 7. März. (W. Z. B.) Die Deputiertenkammer nahm einen Gesetzesentwurf an, in welchem erklärt wird, daß der Bau der Pariser Stadtbahn im öffentlichen Interesse liege.

Paris, 7. März. (W. Z. B.) Die Deputiertenkammer nahm einen Gesetzesentwurf an, in welchem erklärt wird, daß der Bau der Pariser Stadtbahn im öffentlichen Interesse liege.

Reichstag.

56. Sitzung. Montag, 7. März 1898, 1 Uhr. Am Bundesrathlich: v. Pöbisch.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Novelle zum Postgesetz. Hiernach soll das Mindestgewicht für gewöhnliche Briefe von 15 Gramm auf 20 Gramm erhöht und das Postregal auf geschlossene Briefe im Ortsverkehr ausgedehnt werden.

Staatssekretär v. Pöbisch: Seit dem Bestehen des Postgesetzes hat sich der Verkehr bedeutend erweitert, und es erscheint daher wünschenswert, an dem Gesetz einige Änderungen vorzunehmen. Es handelt sich bei der Vorlage nicht etwa nur, wie es den Anschein haben könnte, um einen Krieg gegen die Privatpost-Gesellschaften, sondern das Gesetz enthält wesentliche sachliche Verbesserungen. Alle Forderungen, die an die Reichspost-Verwaltung gestellt werden, können wir nicht mit einem Male ohne Gefährdung des Budgets berücksichtigen, wir müssen schrittweise vorgehen. Bis jetzt müssen die Kosten der Verbesserungen bereits 5 1/2 Millionen, ferner soll aber auch in Zukunft für Postanweisungen über geringe Beträge das Porto auf 10 Pf. ermäßigt werden. Die Erhöhung des Briefgewichts kommt nicht etwa nur den Geschäftsleuten, sondern gerade den ärmeren Klassen zu gute, das zeigt uns unsere tägliche Erfahrung. — Der erste Theil des vorliegenden Gesetzes entspricht den allseitigen Wünschen des Publikums, der zweite Theil enthält Forderungen, die sich aus den langjährigen Erfahrungen der Reichspostverwaltung ergeben haben. — Besondere Anfeindung hat bisher nur die Bestimmung erlitten, die Ausdehnung des Postregals verlangt. Ich muß es jedoch offen ansprechen, daß von interessirter Seite hier doch vielfach Einstellungen vorgekommen sind. Schließlich laufen die Klagen der Privatpostanstalten immer darauf hinaus, daß sie recht viel Entschädigungen verlangen. Ich glaube aber, der Grundgedanke des Postmonopols ist ein durchaus gesunder. Die Post dient eben der Allgemeinheit und alle ihre Einrichtungen kommen der Allgemeinheit zu gute. Man hat daraus hingewiesen, daß mein großer Vorgänger, Herr v. Stephan, ganz anders über die Berechtigung der Privatposten dachte. Abgesehen davon aber, daß auch er öfters polizeilich gegen dieselben vorgehen mußte, wenn zum Beispiel Briefe, die verschickt in ihre Hände gerieten, nicht befördert wurden, hat Herr v. Stephan sich da eben in einem Irrthum befunden. Er war der Meinung, die Privatpostanstalten seien nicht konkurrenzfähig und würden von selbst zu bestehen aufgehören. Dieser Irrthum war auch ganz erklärlich, da von den 78 Privatpostanstalten 60 erst seit 1893 bestehen. Er konnte sich also noch gar kein Bild machen von dem Einfluß, den diese Institute erreichen würden. Heute aber können wir diesen Einfluß sehr wohl beurtheilen, und ich stehe nicht an zu erklären: die Privatpostanstalten sind ein Pfahl im Fleische der Reichspost. Ihre Konkurrenz bedeutet für uns einen ganz bedeutenden Anfall an Einnahmen. Auch wenn z. B. Sororie größerer Städte eingemeindet werden, ist damit für die Reichspost stets ein Verlust an Einnahmen verbunden. Heute ist es noch Zeit, diese Konkurrenz zu beseitigen, da die Privatpostanstalten, wie gesagt, erst kurze Zeit bestehen, die ältesten erst seit 1855. Alle anderen Staaten sind übrigens ebenso vorgegangen, ohne daß sich Unzuträglichkeiten daraus ergeben hätten. Gerade die Herren von der Linken verlangen ja immer gleiches Recht für alle, hier aber sagen sie, nein, die großen Städte sollen ein Sonderrecht haben. (Widerspruch links.) Ich glaube, wer auf dem Standpunkt des gleichen Rechts steht, daß jeder einzelne Deutsche zu denselben Bedingungen seine Postfachen erhält, der muß unbedingt für die Ausgestaltung des Monopols der Reichspost eintreten. Ermäßigungen in den Tarifen können von unserer Seite nur eingeführt werden, wenn die Konkurrenz der Privatposten beseitigt wird, diese nähren also nicht der Allgemeinheit, sondern schädigen sie im Gegentheil. Unsere Verkehrsvereinigungen bei der Post sind vorzüglich; wir brauchen aber vor allen Dingen keine Unterstützung durch Privat-Postanstalten; höchstens würden wir im Falle der Unzulänglichkeit der Reichspost eine Erweiterung derselben von der Budgetkommission verlangen. Es giebt keine Privatpost, die so oft und so exakt befördert wie eben die Reichspost. Das die tariflichen Bestimmungen anlangt, so ist es wohl besser, daß sie nicht hin und wieder einem einzelnen großen Auftraggeber, sondern daß sie der Allgemeinheit zu gute kommen. Man kann also nur eine Reichspost-Tarifreform verlangen, nicht aber da zu gunsten der Privatposten reden. Und nur die Lohnverhältnisse: Die Reichspost giebt allein jährlich 18 Millionen für Pensionen aus. Nutzen Sie einmal den Privatposten zu, das Entschädigende für diesen Zweck auszugeben. Das allein würde für sie schon hinreichen, ihren Betrieb einzustellen. Denken Sie ferner an die freien Tage und Nachmittage, die die Reichspostbeamten haben. Die Privatpostanstalten sind aber auf die möglichste Ausnutzung ihrer Angestellten angewiesen, können ihnen freie Tage daher nicht gewähren. Es ist gesagt worden: die Privatpost ist die Post des armen Mannes. Meine Herren, dies Schlagwort kann nicht aufrecht erhalten werden. Die Privatpost ist die Post des Handelsstandes; der arme Mann hat mit ihr wenig zu thun. Sie können mir schon glauben: es ist kein fiskalisches Interesse, das mich die Ausdehnung des Postregals fordern läßt. Wir wollen unsere Einnahmen nur aus dem Grunde sich noch mehr vermehren lassen, als dies ohnehin schon der Fall ist, um eben den Tarif zu gunsten der Allgemeinheit herabsetzen zu können. Na, und was die tausende von Familien anlangt, die durch das Aufheben der Privat-Postanstalten brotlos werden sollen, das habe ich ja bereits widerlegt: es sind insgesammt circa 2000 Personen in der Privat-Briefbeförderung beschäftigt.

Nun zur Rechtsfrage: die Privat-Postanstalten haben ein Recht auf Entschädigung überhaupt nicht. Es handelt sich nicht um ein wohlverdienenes Recht und auch nicht um ein Privilegium, da ihre Thätigkeit ja jedermann freisteht. Es könnte also nur eine etwaige Schadloshaltung aus Billigkeitsrücksichten in betracht kommen. Der Redner verliest ein Gutachten der Reichspostverwaltung, die den Rechtspunkt in diesem Sinne entscheidet. Denken Sie an die Einführung der Unfallversicherung; auch damals verlangten die Privat-Vericherungsgesellschaften Entschädigung. Das Reich kann sich aber darauf ein für alle Mal nicht einlassen. (Zuruf links: Brandwein!) Ja, auf diese Frage kann ich nicht antworten, da ich nicht in das Ressort eines anderen Ministers eingreifen kann. (Heiterkeit links.) Eine ganz andere Sache ist die Anstellung der Privat-Unterbeamten. Denen würden wir allerdings die Anstellung in der Reichspost eröffnen; wir würden sogar hierbei von der Altersgrenze absehen. Dieser Punkt würde also erledigt werden.

Meine Herren, ganz abgesehen von Ihrer politischen Parteilichkeit: es handelt sich hier um das Interesse der Allgemeinheit. Sie alle wünschen Tarifherabsetzungen; sie sind nur möglich bei steigenden Einnahmen. Und diese schließlich können doch auch nur der Allgemeinheit zu gute. Bei der sachlichen Prüfung werden sich Ihnen die wirtschaftlichen Vorteile für die Allgemeinheit so herausstellen, daß die Schädigung einzelner dann nicht mehr in betracht kommt. Die verbündeten Regierungen sind bereit, die tariflichen Erleichterungen einzuführen; sie rechnen auf die Zustimmung des hohen Hauses. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Paffe (nl.): Die Vorlage ist uns im allgemeinen sympathisch, nur muß die Entschädigungsfrage aus Billigkeitsrücksichten noch näher von der Regierung erörtert werden; ebenso die Tariffrage, da das Publikum sich einmal an die Privatpost gewöhnt hat. Ich beantrage eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Graf Bernstorff-Raueneburg (Rp.): Der ganze Privatpostbetrieb ist stets überschätzt worden. Er hatte so viele Nachteile im Gefolge, daß er keinen Vergleich mit der Reichspost aushält. Bei der Entschädigungsfrage ist zu berücksichtigen, daß sich ja jeden

Tag Konkurrenzgesellschaften gegen eine bestehende Privatpost bilden könnten, die sie vernichten, die würden doch auch keine Entschädigung zahlen. Die Unterbeamten sollen allerdings thunlichst von der Reichspost angestellt werden. Was die Portoherabsetzung betrifft, so sind wir ja alle damit zufrieden, nur müßte auch auf dem Lande das Porto in einem Postagentur-Bezirk auf 5 Pf. reduziert werden. Auch ich bin für Kommissionsberatung.

Abg. Müntzen (Z.) spricht nur für seine Person und eine Anzahl seiner politischen Freunde. Er vermisst eine Regelung der Zeitungsbeförderung. Mit der Erweiterung des Postregals ist er nicht einverstanden. Der seine Briefe der Privatpost übergebe, thue das auf eigenes Risiko. Es scheint hier lediglich ein fiskalisches Interesse vorzuliegen. Durch die Ermäßigung des Portos würde den Privatposten viel entzogen werden. Wie schädlich eine Unterdrückung der Konkurrenz sei, lehre das Beispiel der Eisenbahnverstaatlichung. (Sehr richtig! links.) Meine politischen Freunde seien gegen Monopole. Ich werde gegen die Erweiterung des Postregals stimmen und schlage vor, die Vorlage der Postdampfer-Kommission zu überweisen.

Staatssekretär v. Pöbisch erklärt, daß auch die Ermäßigung des Stadtportos auf 5 Pf. vorgelesen sei.

Abg. Fischbeck (fr. Vg.): Bei Erweiterung des Postregals sind allein fiskalische Interessen maßgebend. Die Privatposten haben das Recht, aus einem vorhandenen Verkehrsbedürfnis Kapital zu schlagen, und das Publikum hat den Nutzen davon. In Hannover haben auf 10 000 Anfragen 7000 Antworten sich für das Weiterbestehen der Privatposten ausgesprochen. Herr v. Stephan hat am 31. Januar 1896 ausdrücklich gesagt, daß er den Privatposten gern das Leben gönne und daß ihr Bestehen ein Grund für ihn sei, das Porto nicht herabzusetzen. In anderen Ländern bestehen aber keine Privatposten, weil das Porto dort überhaupt niedriger ist. Das Aufblühen der Privatposten beweist, daß das Publikum mit ihnen zufrieden ist. Sollte die Vorlage angenommen werden, so ist man verpflichtet, die Inhaber der Privatposten zu entschädigen, so wie man für die Angestellten sorgt. Aber hoffentlich kommen wir gar nicht dazu. Das Moment der Konkurrenz gegen die Reichspost muß erhalten bleiben. Mit einer Kommissionsberatung sind wir schließlich einverstanden.

Abg. Metlich (L.): Wir würden das Scheitern der Vorlage sehr bedauern. Wer hat denn etwas von dem Bestehen der Privatposten? Das platte Land jedenfalls gar nichts. In der Entschädigungsfrage behalten wir uns unsere Entscheidung noch vor; auch wir sind für eine Kommissionsberatung.

Abg. Wurm (Soz.): Der Novelle zum Postgesetz steht meine Fraktion nicht prinzipiell ablehnend gegenüber. Im Interesse der Allgemeinheit, im Interesse des Verkehrs wünschen wir das Postregal, aber seine vorgeschlagene Ausdehnung scheint nur fiskalischen Interessen zu dienen. Es wird wieder die Beseitigung der Privatpostanstalten als notwendige Vorbedingung für die Portoherabsetzung bezeichnet. War denn der Vorgänger des Herrn v. Pöbisch, war denn Herr v. Stephan, der doch aus seinem Gebiete so Großes geleistet hat, so kleinlich, daß er nicht gewillt hätte, das durch die Herabsetzung des Portos die Privatpost-Anstalten beseitigt werden könnten? O nein, er wünschte aber eben gar nicht die Erweiterung des Postbetriebes und aus diesem Grunde hat er das Stadtporto im Gegensaß zu den Betriebskosten für Berlin auf 10 Pfennige festgesetzt. Jetzt will die Postverwaltung das Porto also herabsetzen, sie verlangt aber eine bestimmte Gegenleistung. Also dafür daß sie unrechtmäßig früher zu viel Porto erhoben hat, dafür will die Postverwaltung jetzt noch entschädigt werden. (Sehr richtig! links.) Wir beurtheilen die Frage lediglich vom Standpunkt der Verkehrsinteressen; wir haben einfach zu fragen, welche Portoherabsetzung notwendig, um allen Ansprüchen zu genügen, die der gesteigerte Verkehr an die Post stellt, und da hat es sich gezeigt, daß das Publikum die billigere Säge der Privatposten braucht. Man sagt, für Berlin werden ja die Reichspostsachen auch herabgemindert werden; wo bleiben dann aber die anderen Städte, in denen trotz des Pampfen-Sages Privat-Postanstalten mit Recht bestehen? Dort wäre es doch notwendig, das Porto noch weiter zu vermindern von 5 Pf. auf 3 Pf. Wenn das aber in den anderen Städten geht, warum dann nicht auch in Berlin? Man sagt, für Berlin sei das nicht möglich, aber die Statistik hat gezeigt, daß in solchen Fällen stets der gesteigerte Verkehr die Kosten wieder weit macht. Was von Privatpost-Gesellschaften längst erzwungen ist, das muß doch auch der Reichspost möglich sein. Die Post hat eben die Verpflichtung, die Verkehrsinteressen dadurch zu vertreten, daß sie das Gute, was durch die Privatpost-Gesellschaften geschaffen ist, aufrecht erhält, und lediglich das Schlechte derselben beseitigt, z. B. die unsichere und langsame Briefbeförderung.

Wir sind gemäß unserer ganzen gesellschaftlichen Grundanschauung durchaus für die vollständige staatliche Verwaltung der Post, wegen der wirtschaftlichen Vorzüge, die sie vor jedem Privatbetrieb voraus hat. Aus eben diesem Grunde können wir es aber nicht zulassen, daß durch die Verstaatlichung eine Reihe von Erfindungen in ihrer wirtschaftlichen Lage bedroht wird. Wir erklären also rundweg: die Entschädigungsfrage ist für uns einfach die Hauptfrage. Allerdings haben wir nicht die Entschädigung der Unternehmer im Auge. Die Herrschaften, die so ein Jahrzehnt hindurch ihre 18—20 pCt. Dividenden eingehemmt haben, die haben schwerlich ein Recht auf Schadloshaltung. Die Privatpostanstalten sind Gebilde, die aus dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft erwachsen sind; es ist selbstverständlich, daß sie ihren Gesetzen unterworfen sind, daß sie jederzeit durch die Konkurrenz weggefegt werden können; irgend ein Recht, irgend eine Garantie für ihre Existenz können sie nicht beanspruchen. Hierin stimme ich dem Gutachten der Reichspostverwaltung vollständig bei. Für uns handelt es sich nur um die Angestellten. Nun hat ja der Herr Staatssekretär erklärt: es handelt sich nur um 2000 Personen, die wollen wir schon übernehmen. Gegen solche allgemeine Versprechungen vom Regierungstische sind wir aber sehr misstrauisch. (Heiterkeit.) Wir haben da böse Erfahrungen gemacht. Wir müssen also schon darauf beharren, daß diese Entschädigung gleich durch Gesetz festgelegt wird. Wir sind nicht so enthusiastisch für die Privatposten. Wir haben ein gutes Gedächtnis. Wir haben seinerzeit diese Anstalten kopflos werden müssen, weil sie die Anforderungen nicht erfüllten, die die Angestellten zu stellen berechtigt waren. Die Gesellschaften haben ja jetzt auch weiter nichts verlangt, als daß man ihnen die Entschädigung zahle, und sie selbst werden dann so gut sein, ihre Angestellten mit einer vollen Monatsgage zu bedenken. (Heiterkeit.) Darauf können wir uns natürlich nicht einlassen, sondern die Entschädigung muß direkt an die Angestellten gezahlt werden. Die übernommenen Privat-Postangestellten dürfen natürlich auch wirtschaftlich nicht schlechter gestellt werden. Das Koalitionsrecht muß ihnen gewahrt bleiben. Damit steht es aber bei der Reichspost noch recht böse aus.

In Hamburg haben die Post-Unterbeamten den Versuch gemacht, sich zu organisieren. Es wurde eine Versammlung einberufen, sie war sehr zahlreich besucht, und Spitzel waren auch da. (Heiterkeit.) Die Postbehörde schritt ein und ließ die durch die Spitzel angegebenen Unterbeamten vernehmen. Es wurden ihnen folgende skandalöse Fragen vorgelegt: 1. Waren Sie in der Versammlung vom 18. Februar? 2. Wer war noch in der Versammlung zugegen? 3. Haben Sie Bravo gerufen? (Hört, hört!) 4. Wer hat am lautesten Bravo gerufen? (Hört, hört!) 5. Wussten Sie, daß die Versammlung eine sozialdemokratische Sache war? 6. Was waren Sie, bevor Sie in den Postdienst eintraten? Die letzte Frage wird überall Heiterkeit erregen, da man ja weiß, daß gerade im Postdienst nicht gefragt wird, was der Betreffende früher gewesen ist. (Große Heiterkeit.) Das Vorgehen beweist einen Geist der Intoleranz bei der Post, wie er bei keinem Privat-

unternehmer schlimmer sein kann. Dieses Vorgehen muß uns misstrauisch machen, eine neue Klasse von Reichspostbeamten zu schaffen, wenn uns nicht klipp und klar die Versicherung gegeben wird, daß keinerlei Nachforschung stattfinden soll darüber, ob der Beamte, der bisher im Privatdienst gestanden hat, früher organisatorisch thätig war oder nicht. Wie hoch die Entschädigungen zu bemessen sein werden, wird Sache der Kommission sein, an die wir die Vorlage zu überweisen bitten. Wird das Regal erweitert, dann müssen auch durchgreifende Tarifermäßigungen erfolgen. Solange die Privatposten billiger als die Reichspost befördert, haben sie eine Existenzberechtigung. Wir hoffen, daß dieser Gedanke in der Kommission die Mehrheit erlangen wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Pöbisch: Wir erachten es sehr als unsere vornehmste Pflicht, das Verlangen auf strengste zu wahren und werden jedes Vergehen dagegen strenge ahnden.

Abg. Dr. Zieber (Z.): Wir vermissen die Regelung des Post-Zeitungsstarifs. Neben dem Programm seiner Partei hat Herr Ziemer den juristischen Ausführungen des Staatssekretärs zugestimmt. Ich wünsche dem Herrn Staatssekretär Glück zu der sozialdemokratischen Bundesgenossenschaft bei seiner ersten gesetzgeberischen Maßnahme. Wir stehen nicht auf dem starren juristischen Standpunkt, halten die Rechte der Privatposten für wohl erworben und verlangen unbedingt Entschädigung sowohl für die Gesellschaften, wie für die Angestellten. Wie die Entschädigung bemessen werden soll, ob durch eine Abfindungssumme oder dadurch, daß man nur das Entstehen neuer Privatposten verhindert, wird Sache der Kommission sein. Dieselbe wird auch entscheiden, ob dem platten Lande nicht auch noch mehr Vorteile anzuwenden sein werden. In ihrer gegenwärtigen Form kann die Vorlage nicht angenommen werden.

Abg. Dr. Warth (fr. Vg.): Ich hoffe, daß es sich in der Kommission als das Beste herausstellen wird, die Erweiterung des Postregals überhaupt abzulehnen. Gerade im Interesse des postfiskalischen Fortschritts sollte die Konkurrenz nicht beseitigt werden. Leben und leben lassen!

Abg. Zimmermann (Reform-P.): Wir bedauern, daß der Post-Zeitungsstarif noch immer nicht reformirt worden ist. Die Vorlage ist ein Schwereit. Mit der Beseitigung der Privatposten können wir uns nicht befremden, da sie gerade für den kleinen Gewerbetreibenden von großem Nutzen sind. Für eine Entschädigung muß im Falle der Beseitigung der Privatposten gesorgt werden. Es ist sehr bezeichnend, daß sich gerade die Sozialdemokratie unbedingt gegen jede Entschädigung ausgesprochen hat.

Abg. v. Buchka (L.): Die Inhaber der Privatposten müssen auf jeden Fall entschädigt werden. Wohlverordnete Rechte dürfen nicht ohne Entschädigung aufgehoben werden. Ich werde mich überhaupt nur schwer entschließen, für den § 2 zu stimmen.

Ein Verlagsantrag wird hierauf angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. (Bundesrats-Vorordnung betr. die Anlage von Angeschrotmühlen). Fortsetzung der heutigen Beratung. Gesetz über Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Gesetz über Entschädigung unschuldig Verurtheilter.)

Schluß 5 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung vom 7. März 1898, 11 Uhr. Am Ministerische: Dr. Boffe und Kommissarien. Die Spezialberatung des Kultusetats wird mit der am Sonntagabend abgebrochenen Debatte über das Ministergehalt fortgesetzt.

Abg. Andree (fr. Sp.) dankt dem Minister für sein Eintreten zu gunsten der Lehrergehälter-Erhöhungen und bedauert, daß die Durchführung auf so viele Schwierigkeiten bei den Gemeinden und Verwaltungsbeamten stoße. Besonders bedauerlich ist, daß der Minimalgehalt, dessen Höhe ausdrücklich mit dem Hinweis auf die außergewöhnlichen Verhältnisse in einzelnen Orten begründet wurde, jetzt zur Regel zu werden droht. Seine Partei habe sich redlich um das Zustandekommen des Lehrerbeförderungsgesetzes bemüht und erachte es daher auch jetzt für ihre Aufgabe, darauf zu achten, daß die Lehrer bei der Durchführung des Gesetzes nicht geschädigt werden. Müß die Regierung anerkennen, daß eine Gemeinde nicht leistungsfähig ist, so soll sie durch Staatszuschüsse die Durchführung des Lehrerbeförderungsgesetzes fördern. Vollständig zu verurtheilen aber ist das Verfahren der Regierung in den Fällen, wo die Gehaltsvorschlüge der Gemeinden von ihr zurückgewiesen werden, weil sie zu hoch erscheinen.

Abg. Gamp (fr.) verweist den Vorredner auf die Stadt Berlin, die er doch wohl nicht zu den leistungsunfähigen Gemeinden rechnen wird. Die Verhältnisse auf dem Lande liegen aber ganz anders, als Herr Andree schildert. Die Naturalien, die der Lehrer empfängt, die Erträge aus seiner kleinen Wirtschaft werden gewöhnlich viel zu niedrig angeschlagen. Man kann doch nicht von kleinen Gemeinden verlangen, daß sie bei ihren 200 pCt. Gemeindesteuer-Zuschlägen die Forderungen erfüllen, die das reiche Berlin ablehnt. — Nebenher geht auf die Rede des Anwalt der Universität Bonn bei einer Feier der landwirtschaftlichen Akademie zu Poppelstorf näher ein, wobei Herr von Mottenburg von einer Sympathie des Egoismus in bezug auf die Schutzbestrebungen gewisser Gewerbe gesprochen hat, während er früher die vielbesprochene Bäderverordnung vertheidigte. Besonders bedenklich sei, daß Herr v. Mottenburg in amtlicher Eigenschaft sprach. Von der Einleitung eines Disziplinerverfahrens wolle er absehen, dazu sei ihm die Person des Herrn v. Mottenburg zu unbedeutend. Er ist als Reichsbeamter pensionirt, man wisse nicht, ob wegen geistiger oder körperlicher Unfähigkeit, und gleich darauf als preussischer Staatsbeamter angestellt. Wie das möglich war, wußte der Minister doch mal näher untersuchen.

Kultusminister Dr. Boffe: Herr v. Mottenburg wurde wegen seiner reichen Bildung schon früher für einen Kandidatenposten in Aussicht genommen, wobei Voraussetzung war, daß sein angegriffener Gesundheitszustand sich besserte. In dieser Voraussetzung ist ihm die nebenamtliche Stellung in Bonn übertragen worden. Die Poppelstorker Rede bin ich zu vertreten nicht in der Lage, doch hätte ich auch gewünscht, daß die Angriffe weniger scharf gemeint wären. Wir haben uns bisher in solchen Dingen die größte Reserve aufgelegt und ich halte es für dringend wünschenswert, daß wir daran festhalten.

Abg. Dr. v. Jagdzewski (Pol.) führt über verschiedene Uebergriffe der Verwaltungsbehörden Beschwerde.

Regierungskommissar Geh. Rath Küster erwidert kurz. Abg. v. Seydewitz (L.) hält Andree's Rede für eine Wahlrede; durch die Anträge zur zweiten Lesung haben die Freimüthigen das Lehrerbeförderungsgesetz in Gefahr gebracht und man sieht in Berlin, daß bei ihnen zwischen Abstimmen und Zahlen ein Unterschied ist.

Abg. Nicker (fr. Vg.) vertheidigt die Mottenburg'sche Rede, die doch noch lange nicht so besitzig war, wie die Rede des Landwirtschafts-Ministers, gegen die Herr v. Pöbisch eine öffentliche Erklärung erließ und die Herr Gamp mit keinem Worte erwähnt. Redner fragt, wie es mit der Abtrennung der Medizinalabtheilung vom Kultusministerium steht und fragt den Minister, ob er mit der in den Etat eingestellten Summe zu Schuldbauten an unterstützungsbedürftige Gemeinden anzukommen gedenke.

Minister Boffe bejaht die letztere Frage; es werden von Jahr zu Jahr erhebliche Summen für Schuldbauten verwendet; eine einmalige größere Summe zu fordern, wäre bedenklich, sie würde die Verantwortlichkeit der Gemeinden in bedenklicher Weise wachrufen. Die Abtrennung der Medizinalabtheilung von der Kultusverwaltung ist bisher nur zwischen dem Finanzminister und der Kultusverwaltung erörtert worden. Heute hier darüber nähere Mittheilungen zu machen, liegt kein Grund vor.

Abg. Dr. Saffner (nall.) erklärt Andree's Rede aus dessen Bedauern, von seinem Vauzer der Schreierlichkeit einige Stoffe zu entfernen. Daumenberg's Rede beweise, daß das Zentrum seine Forderungen, wenn auch der Form nach milder, so doch sachlich sogar erweiternd. Herr Daumenberg wüßte heute schon ein Vorschlagsrecht für Ministerialräthe (Weiterkeit). Die Förderung des konfessionellen Friedens findet nicht statt, wenn sie mit der Vermehrung der Diakonenlasten und ähnlichen Forderungen kommen, die dem evangelischen Bewußtsein widersprechen. (Beifall.)

Abg. Dr. Vorksch (Z.): Der Standpunkt des Vordredners verstoßt gegen das den Katholiken gewährleistete Recht der freien Religionsübung. Zutreffend hat man im Reichstage gelagt, daß nur durch Mächte der Religion die Sozialdemokratie überwunden werden kann. Das möge der Kultusminister mit seinem Generalstabe überlegen. Wir werden jedenfalls bei den Wahlen jedem Kandidaten die Frage vorlegen, wie er zu unseren Forderungen steht, und nur den unterstehen, der unsere Forderungen voll billigt. Die zugehörigen Orden reichen bei weitem nicht aus, der vorhandenen Noth zu steuern. In Naumburg a. O., einer überwiegend katholischen Stadt, wurde in einem alten Kloster ein evangelisches Prediger-Seminar errichtet. Geseh daß auch zur Förderung des konfessionellen Friedens? Während die evangelischen Diakonen sich frei ausbreiten dürfen, macht man den katholischen Orden Schwierigkeiten. Aus einer Reihe lokaler Angelegenheiten zieht Redner den Schluß, daß die Kultusverwaltung aus eigener Initiative den Schwierigkeiten abhelfen sollte, die sich heute der katholischen Seelsorge entgegenstellen. Schließlich tritt Redner für die katholische Abtheilung ein, der man den Vorwurf der Störung des konfessionellen Friedens nicht wird machen können. In Oesterreich besteht die evangelische Abtheilung zur Zufriedenheit der dortigen Evangelischen. Dafür, daß der Minister katholische Nähe beruft, sind wir ihm dankbar.

Abg. Stöcker (wildkon.) erörtert die Canisius-Encyclika des Papstes und bedauert, daß die katholische Presse nicht den Muth fand, die Angriffe gegen den Protestantismus als unzutreffend zu bezeichnen. Um die evangelische Kirche zum Kampfe gegen den Umsturz zu kräftigen, sollten ernste Maßnahmen getroffen werden, namentlich wäre an eine sozialpolitische Professur zu denken, an der die jungen Theologen sich bilden können.

Abg. Dr. Vorksch (fr. Sp.) protestirt gegen die Vereinzelnung der Diakonen in die Konfessionskreislagen; die Diakonen seien lediglich zu beurtheilen unter dem Gesichtspunkte der Humanität, nicht aber als Produkte einer Treibhandreligion. Die Abtrennung der Medizinalabtheilung billigt er und tritt sodann für eine bessere Befolgung der Assistenzärzte ein, womit man nicht bloß diesen Aerzten sondern auch der Gesundheitspflege einen großen Dienst leisten würde.

Abg. Fruch (Z.) erörtert die Seelsorgeverhältnisse in der Gegend von Bochum und in Ruhrgebiet, wo es an Geistlichen fehle. Gleichwohl gestatte man den Redemptoristen nicht, ihre vorhandene Kirche zu benutzen und überhaupt seelsorgerische Thätigkeit zu üben. Auch die Wünsche der dortigen Polen nach Anstellung polnischer Geistlicher lasse man unbearbeitet, so daß die Gefahr, die polnischen Arbeiter könnten der Sozialdemokratie anheimzufallen, eine große ist. Für den evangelischen Theil der Arbeiterbevölkerung ist besser geforgt. Wir verlangen hier Parität. Es ist klar, daß man die Polen nicht bloß germanisirt, sondern auch protestantisirt. (Sehr richtig!) Das Verbot der Redemptoristen-Niederlassung scheint eine Folge des Protestes des Bochumer Zweigvereins des evangelischen Bundes zu sein, den man als einen bedenklichen Akt evangelischer Intoleranz bezeichnen muß.

Abg. Fruch (Z.) wünscht größere Bewegungsfreiheit für Volksmissionen und kirchliche Krankenhäuser. Minister Boffe: Man möge nur dahin wirken, daß recht viel katholische Aspiranten im Staatsdienst vorhanden sind, dann werden Sie auch katholische Nähe ins Ministerium bekommen. Für die Orden ist bereits größere Bewegungsfreiheit geschaffen. Die vielangeregte Verfügung der Regierung zu Münster über das Recht der Kirche, Krankenhäuser zu besitzen, würde noch der nachträglichen Prüfung bedürfen, sie ist aber von einem katholischen Regierungspräsidenten erlassen.

Morgen (Dienstag) 11 Uhr: Fortsetzung der Beratung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Wahlbewegung.

In Breslau-Land wurde von den Deutsch-Sozialen der Rentier Dittmar aus Strehlen aufgestellt. — Von derselben Partei ist in Kalbe-Aischersleben der Kunstmalers Winkler als Kandidat nominirt worden. — Die bayerische Reformpartei stellt in München I und in Landshut den Antisemiten Weng und in Rißingen den Dr. Dingeldeyer auf. National-lithuanische Kandidaturen: Für den Wahlkreis Memel-Heudekrug kandidirt der frühere Gutsbesitzer Smalaks-Tisli, für Ragnit-Pillkallen der Besitzer Sannus-Molaten und für Labiau-Wehlan der Besitzer Lapat-Lanknen. Für Tilsit-Niederung wurde die Aufstellung eines Kandidaten noch ausgesetzt.

Die Freirennigen haben in Danzig-Land den Landtags-Abgeordneten Schammasch aufgestellt.

In einer Versammlung des Bundes der Landwirthe in Sangerhausen wurde die Kandidatur des bisherigen Reichstags-Abgeordneten Bischoff fallen gelassen, weil man mit seiner Haltung bei Verhandlung der Handelsverträge und der Margarinevorlage nicht einverstanden war. In seiner Stelle wurde Oberamtmann Börner-Breusen aufgestellt; dieser gehört der national-liberalen Partei an. Die Konservativen hielten am Sonntag in Erfurt einen Parteitag für Thüringen ab. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß es der Partei gelingen werde, die Kreise Erfurt, Mühlhausen, Altenburg und Weimar zu behaupten und in Gotha wie in Sondershausen einen rechtsstehenden Mittelstandskandidaten durchzubringen. Dagegen würden die Kreise Jena und Weimaringen wohl in den Händen der National-liberalen bleiben. Jena sei durch den Einbruch der National-Sozialen etwas unsicher geworden. In Eisenach würden die Konservativen einen deutsch-sozialen Kandidaten unterstützen, in Nordhausen aber selbständig vorgehen. — Im Königreich Sachsen sind bis jetzt nachstehende Kreise mit konservativen Kandidaten besetzt: 2. (Eoban), 3. (Wachsen), 4. (Dresden-Neustadt), 5. (Dresden-Altfeld), 6. (Dippoldswalde), 7. (Reißen), 8. (Pirna), 9. (Freiberg), 10. (Döbeln), 11. (Grimma), 14. (Gorna), 20. Marienberg, 25. (Planen i. W.).

Auch die bayerische Reichspartei ist nunmehr in den Wahlkampf eingetreten. Am Donnerstag Abend fand in Kassel eine von 400 Personen besuchte Versammlung statt, in welcher der Führer der Partei, Rechtsanwalt J. Martin das Programm entwickelte. Derselbe wird auch diesmal wieder als Kandidat der Reichspartei im Wahlkreis Kassel-Melsungen aufreten.

Der National-liberale Westermacher, Gutsbesitzer in Lindheim (Oberhessen), der bereits vor 5 Jahren im Wahlkreis Höchst-Misingen kandidirte und mit Genossen Brähne in die Stichwahl kam, wird wieder in diesem Kreise für die nächste Reichstagswahl aufgestellt.

Im Wahlbezirk Kellheim stellte das Zentrum gegen Dr. Sigl als Reichstags-Kandidaten den im Bezirke wohnhaften Landtags-Abgeordneten Kaufmann Wigner in Wainburg auf. — Die National-liberalen des Wahlkreises Kirchheimbolanden stellen den bisherigen Vertreter des Kreises, Gutsbesitzer Brand, nicht wieder auf. Für ihn wird Verehrerbesitzer Seiler kandidiren.

Kommunales.

Die Militärärzte und der Altkol. Bekanntlich will der Magistrat bei der Regulirung der Lehrergehälter an den höheren Schulen auch die Gehaltsverhältnisse der Schuldiener aufbessern und zwar sollen die Schuldiener an höheren Schulen ein Anfangsgehalt von 1100 M., steigend von drei zu drei Jahren, bis

zu einem nach 20 Dienstjahren zu erreichenden Höchstgehalt von 1800 M. erhalten. Sie erhalten außerdem freie Dienstwohnung und freies Brennmaterial zum pensionsfähigen Werthe von 450 M. Dagegen sollen die Gemeinde-Schuldienner, mit einem Anfangsgehalt von 900 M. beginnend, nach zwei Jahren 1150 M. und nach weiteren 2 Dienstjahren das Höchstgehalt von 1350 M. erreichen, außerdem ebenfalls freie Dienstwohnung und freies Brennmaterial. Die Schuldiener an Gemeindefschulen erhalten also bedeutend weniger Gehalt und sind außerdem im Gegensatz zu ihren Kollegen an den höheren Schulen nicht pensionsfähig angestellt. Dem Ausschusse der Stadtverordneten-Versammlung, welchem die Regelung der Gehälter zur Vorberatung übertragen ist, lag nun ein Antrag vor, der für beide Kategorien der Schuldiener die gleichen Gehälter verlangte. Bei der Verhandlung über diesen Gegenstand wurde von einer Seite die Behauptung aufgestellt, daß die Schuldiener, die sich aus den Militärärzten rekrutiren, zum großen Theil dem Trunk ergeben seien und deshalb einer Gehaltsaufbesserung nicht würdig wären. Von den anwesenden Magistratsmitgliedern wurden diese Angaben bestätigt und die Gehaltsunterschiede noch weiter damit motivirt, daß diejenigen Schuldiener, die sich an den Gemeindefschulen als brauchbar erwiesen haben, zu den höheren Schulen übernommen werden sollen. Nach den Erklärungen des Magistrats wird also ein großer Theil unserer Gemeindefschulkinder von notorischen Trunkenbolden in der Schule beaufsichtigt, während man die erprobten Schuldiener, soll also wohl heißen, die nicht dem Trunk ergeben sind, an die höheren Schulen versetzt!

Und scheint, daß da nähere Aufklärung sehr noth thut.

Lokales.

Die Freie Volkshöhe veranstaltet am 28. März, Sonnabend Abend 8 Uhr, für ihre Mitglieder ein Märzfest in der Brauerei Friedrichshain, mit durchweg künstlerisch gewähltem Programm. Die artistische Leitung des musikalischen Festkonzerts liegt in Händen des Herrn Dr. M. Alster. Das Ensemble für diesen Abend weist eine Reihe bewährter Namen auf, deren Mitwirkung gesichert ist, z. B.: Die Pianistin Frau Emmy Vogt, Sängerin Fräulein Anna Bromberg, Fräulein Marie Janner (Theater Unter den Linden), Fräulein Carla Lingen und die Konzert- und Opernsängerin Frä. Louise Voigt. Alexander Heinemann, Violinvirtuose Ossip Schnerkin, Violoncellvirtuose Max Schulz, Orgelkapellmeister Alexander Weinbaum, Deklamationen Richard Defer vom Deutschen Theater. Das Entree kostet 50 Pf. inkl. Tanz. Eine Ausgabe von Billets erfolgt nicht; auch offene Kasse ist nicht vorgesehen, sondern haben nur Mitglieder Zutritt gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte, die eine blaue Marke aus ihrer Zahlstelle enthalten muß. Den Mitgliedern wird empfohlen, sich baldigst eine solche Marke zu lösen, da nur eine beschränkte Anzahl ausgegeben werden kann.

Städtische Armenpflege. Im Rechnungsjahr 1896/97 (bezw. 1895/96) waren der Armen-Direktion zur Ausübung der ihr obliegenden „offenen“ Armenpflege (die nicht in Unterbringung in Anstalten, sondern nur in Unterstüfung durch Geld oder durch Nahrung, Kleidung, Feuerung u. s. w. besteht) 273 (269) Armenkommissionen unterstellt, in denen 3163 (3015) Personen thätig waren. Bei Beginn des Rechnungsjahres, am 1. April 1896 (bezw. 1895), wurden lausend unterstüfte Personen in den Listen geführt: 26 069 (24 903) Almosenempfänger und 5821 (5739) Mütter mit 9202 (8939) Pflegekindern (das heißt Halbwaifen, die der Mutter belassen worden waren.) Im Laufe des Jahres stellte sich der Zugang: bei den Almosenempfängern auf 4086 (3911), bei den Pflegekindern auf 2122 (2174), so daß im ganzen Jahre überhaupt 30 185 (28 814) verschiedene Almosenempfänger und 11 324 (11 113) verschiedene Pflegekinder unterstüft wurden. Der Abgang betrug: bei den Almosenempfängern 3108 (2745) — und zwar schieden aus: durch Tod 1501 (1366), Ueberweisung an Anstalten 948 (815), Verzug nach außerhalb 121 (177), Verzichtleistung oder Entziehung der Unterstüfung 538 (387) —, bei den Pflegekindern 1927 (1911) — und zwar schieden aus: wegen Zurücklegung des 14. Lebensjahres 757 (780), wegen Tod, Anstaltsüberweisung, Verzug, Wiederheirath der Mutter, Besserung der Verhältnisse u. s. w. 1170 (1181) —, so daß am Schluß des Jahres, 31. März 1897 (bezw. 1896), noch in den Listen geführt wurden: 27 021 (26 069) Almosenempfänger und 5876 (5821) Mütter mit 9997 (9202) Pflegekindern. Die Zunahme im Laufe des Jahres betrug 958 (1166) Almosenempfänger und 195 (263) Pflegekinder. Laufende monatliche Unterstüfungen wurden durch die Armenkommissionen geleistet: an Almosenempfänger 4 359 767 (4 142 286) M. in 317 587 (305 522) Portionen, im Durchschnitt pro Monat 8997 (8886) Portionen von 3 bis über 30 M., durchschnittlich 13,73 (13,56) M.; für Pflegekinder 684 468 (676 704) M. in 107 970 (107 228) Portionen, im Durchschnitt pro Monat 8997 (8886) Portionen von 3 bis über 10 M., durchschnittlich 6,34 (6,31) M. Da viele der Unterstüften nur während eines Theiles des Jahres ihre laufende Unterstüfung bezogen, also weniger als 12 Portionen im Jahre bekamen, so sind die Monats-Durchschnittszahlen der Portionen niedriger als die weiter oben mitgetheilten Zahlen der überhaupt unterstüften verschiedenen Personen. (Die sichere Feststellung dieser Zahlen wird übrigens dadurch sehr erschwert, daß die Almosen- und Pflegegeldempfänger vielfach in andere Kommissionenbezirke verziehen, wo sie neu gebucht werden. Die probeweise vorgenommene Anzählung nach Personenkarten hat denn auch für 1896/97 bei den Almosenempfängern eine etwas höhere Zahl — 30 496 statt 30 185 — ergeben.) Für außerordentliche einmalige Unterstüfungen (zum Theil in Nahrung und Kleidung) wurden 612 237 (677 863) M. in 74 862 (82 415) Portionen verausgabt, und zwar an ständige Almosenempfänger 114 451 (125 821) M. in 17 132 (18 777) Portionen, an ständige Pflegegeld-Empfänger 52 429 (58 864) M. in 6911 (7469) Portionen, an nur vorübergehend Unterstüfte 445 357 (493 178) M. in 50 819 (56 169) Portionen. Im ganzen wurden 5 656 472 (5 496 853) M. durch die Armenkommissionen für Unterstüfungen ausgegeben. Mit den übrigen Ausgaben stellen sich die gesammten Aufwendungen der Armen-Direktion für das ihr zugewiesene Gebiet der Armenpflege auf 7 581 724 (7 496 998) M. — Alle diese Zahlen lassen erkennen, daß der Umfang der städtischen Armenpflege im Jahre 1896/97, wenn er auch nicht geringer geworden ist, doch im ganzen weniger stark als sonst gewachsen ist. Das zeigt auch die Vergleichung mit der Einwohnerzahl. Auf je 10 000 Personen der durchschnittlichen Zivilbevölkerung kamen 1896/97 bezw. in den 5 Vorjahren (rückwärts bis 1891/92) im Monat durchschnittlich 211, 209, 202, 198, 188, 178 Portionen Almosen- und Pflegegeld.

Die erste Acetylen-Fachausstellung am Kurfürstendamm, deren Eröffnung Sonntag Abend erfolgte, giebt ein anschauliches Bild von der außerordentlich raschen Entwicklung dieser jungen Industrie. Als vor 3-4 Jahren zuerst ein billiges Verfahren erfunden wurde, Acetylen gas herzustellen, erwartete man davon eine ungeheure wirtschaftliche Umwälzung, weil Acetylen ein Ausgangs-punkt zur Erzeugung von Spiritus ist und man daher glaubte, industrielle Etablissements würden die Brennereien der Agrarier verdrängen. Diese Erwartung hat sich bis jetzt nicht erfüllt und von dahin gerichteten Versuchen ist es still geworden; die Ausstellung zeigt denn auch keinen einzigen Apparat zur Spiritus-bereitung mittels Acetylen.

Eine andere Eigenschaft des Acetylen ist seine Leuchtkraft, welche die des gewöhnlichen Steinohlengases 16 mal übertrifft. Daher wandten sich die Bemühungen der Beleuchtungstechniker dem neuen Gase sofort zu, und seine Verwendung zu Beleuchtungszwecken ist gegenwärtig bereits ziemlich umfangreich. Die Ausstellung zeigt die aller verschiedensten Acetylenbrenner, die sämmtlich ein strahlend helles, weißes Licht liefern. In der kurzen Zeit sind eine Reihe von Gesellschaften und Firmen für Acetylenbeleuchtung entstanden, von denen in bunter Mannigfaltigkeit Brenner und Lampen in Funktion aufgestellt sind, so daß die geräumige

Halle förmlich im Lichte schwimmt. Auch tragbare Tischlampen sind von einigen Firmen aufgestellt; wenn auch nicht daran zu zweifeln ist, daß sie die Petroleumlampen an Glanz weit übertreffen — allerdings waren sie nicht in Funktion, so ist doch noch die Frage, ob sie so billig werden sein können, daß sie der Petroleum-lampe ernsthafte Konkurrenz machen können. Bei den Fahrradern scheint das allerdings der Fall zu sein; die Acetylenlampen für Fahrräder und Wagen sind sehr zahlreich vertreten und scheinen bereits einen guten Markt gefunden zu haben.

Man gewinnt das Acetylen, indem man einen festen schwärzlichen Körper, das Calciumcarbid, eine Verbindung von Calcium und Kohle, mit Wasser in Berührung bringt. Abdam entwickelt sich das Gas, während kalkiger Schlamm zurückbleibt. Durch diese bequeme Methode der Bereitung wird der Konsument von einer größeren Gasanstalt unabhängig, da ein Acetylenentwickler sehr leicht in jedem Hause untergebracht werden kann. Die Entwickelungsapparate sind sämmtlich entweder so gebaut, daß das Carbid nach Bedarf ins Wasser geworfen wird, worauf die Gas-entwickelung eintritt, oder daß das Wasser das Carbid überschwemmt, wobei der Zufluß in der Weise geregelt ist, daß jede übermäßige Entwickelung ausgeschlossen ist, das also bei genügender Gasentwickelung die Berührung des Carbids mit dem Wasser automatisch unterbrochen wird. Jede Gefahr ist dadurch beseitigt, und die Aus-stellung, auf der die mannigfaltigsten Entwickler vorgeführt werden, zeigt deutlich, daß die Neugierigkeit und das Mißtrauen, die durch Unglücksfälle ungeschickter Experimentatoren und Erfinder hervorgerufen wurden, durchaus unberechtigt sind. Auf Dörfern, in einzeln stehenden Häusern, die mit großen Gasanstalten keine Verbindung haben können, stellt sich diese Beleuchtungsart als besonders vortheilhaft dar; natürlich kann man mit diesem Gase auch Kochen, wie mehrere aufgestellte Apparate beweisen. Ebenso eignet es sich, wie seit langem erwiesen, zum Antrieb von Motoren; wenigstens ist ein mit Acetylen betriebener Motor von einer Dres-dener Firma aufgestellt.

Die Calciumcarbid-Industrie, die mit der des Acetylen so innig verbunden ist, ist durch die Ausstellung verschiedener Fabrikate vertreten; mehrfach sind auch große Kohlenstäbe, wie sie bei der elektrischen Bereitung von Calciumcarbid gebraucht werden, aufgestellt. Da das Calciumcarbid in Berührung mit Wasser Acetylen entwickelt, so ist es auch vor Berührung mit Luft, die ja immer Feuchtigkeit enthält, zu schützen, und muß in luftdichten Gefäßen zur Verfügung kommen. Diefem Uebelstande glaubt ein russischer Ingenieur abgeholfen zu haben; er hat zum Schutz gegen die Feuchtigkeit imprägnirte Carbidstücke zur Ausstellung gesandt, die in freier Luft liegen und sich 4 Monate lang ohne Spur einer Zersetzung halten sollen. In Holzschiffen verpackt soll dieses Carbid ohne Schaden selbst zwei Jahre lang in einem feuchten Keller lagern können, und nur bei der völligen Ueberziehung mit Wasser entwickeln die Stücke das Gas, indem das reichliche Wasser den Imprägnirungs-stoff löst.

Alles in allem gewährt die Ausstellung ein Bild reger Thätigkeit und rühmigen Fortschrittes dieser jungen Industrie und zeigt, wie die Gesellschaft wieder neue Produktivkräfte, deren Vorhandensein vor wenigen Jahren noch nicht geahnt wurde, in ihren Dienst gestellt hat und entwickelt. Sie legt aber auch den Gedanken nahe, wie wenig die Gesellschaft im Stande ist, ihre Fortschritte der All-gemeinheit zugänglich zu machen; denn trotz der Lichtfülle, die sie erzeugen kann, elektrisches und Gaslicht in den verschiedensten Formen, herrscht im Haushalt der zahlreichsten Bevölkerungsklasse die Petroleum-lampe noch unbeschränkt. Das ist nicht durch natürliche Schwierig-keiten und Verhältnisse, sondern nur durch gesellschaftliche Schranken bedingt, an deren Beseitigung mit aller Kraft gearbeitet werden muß.

Architektur und Kunst im neuen Postmuseum. Das stattliche Gebäude an der stumphen Ecke der Wiener- und Leipziger-straße birgt in seinem Innern außer den Postgeräthen noch manche Dinge, die auch in andere Gebiete hinübergreifen. Da sind zuerst die vielen Modelle der Postgebäude, die in der letzten Zeit in Deutschland aufgeführt worden sind. Sie rufen sich im untersten Geschoß um dem Lichtloß. Ein getreues Spiegelbild der Architektur jener Städte stellen sie dar, in denen ihre Nachbildungen in fünfzigfacher Größe aufgeführt worden sind. Da ist das Queblinburger Postgebäude, das die gedrungene, allschärfste Bauweise zeigt. Ferner sind dort die Kölner und Dortmunder Postpaläste im rheinisch-gothischen und mehrere norddeutsche Postgebäude in der interessanten hanseatischen Backstein-gothik, von denen das Lübeckische Postamt das charakteristischste und gelungenste ist. Auch Renaissancebauten sind mehrfach zu finden, der Manheimer ist am reinsten im Stil. Doch von einem modernen Stil ist noch nichts zu erblicken, man müßte denn die eigenartigen, aus heutigen Bedürfnissen hervorgegangenen Telephonantennentürme als Inbegriff zu einem modernen Stil ansehen. Von der Architektur des Museums-baus selbst kann man nicht gut sagen, daß sie modern sein soll, so gut auch die beiden pavillonartigen Thürme zu beiden Seiten wirken und so äppig auch die Fassade über den Eingängen ausgestattet ist. Auch die Innearchitektur ist durchaus nicht armlich. Der Lichtloß, der Hauptbestandtheil des Museums, macht wenigstens einen überaus freundlichen Eindruck mit seiner hellen Sandsteinfarbe, der Schwarz-grauen und rothen Säulen in den beiden oberen Stockwerken und dem bunten Glasdach, das beim Sonnenschein das grelle Licht in bunte Töne auflöst. Ueberhaupt ist das Bestreben zu loben, die Aus-stattung nicht zu aufdringlich zu gestalten, damit dem ausgestellten Gegenständen das Hauptaugenmerk der Besucher bleibt. Doch ist ein häßlicher Fehler festzustellen: die sechs Figuren in Galvano-bronze stehen auf falschen Plätzen. Anstatt daß sie zwischen den Säulen der oberen Gallerie aufgestellt worden sind, sollten sie zwischen den Pfeilern der unteren Gallerie das Museum schmücken. Die Ansetzung des unteren Theiles des Lichtloßes ist so wie so zu armlich im Verhältnis der oberen Stockwerke. Unten würden die sechs Figuren: die Darstellung des Verkehrs mittels Dampfkraft und Schifffahrt von O. Risch, ein Land-briefträger und ein Postillon von Prof. Janensch, sowie der Telephon-arbeiter und der Telegraphist von Pohlmann viel besser zur Geltung kommen. Zieht können sie, die doch gerade keine schlechten Werke sind, durchaus nicht gewürdigt werden. — Das Dett-mann'sche Deckengemälde, im Hauptaal über dem Eingang, ist sehr frisch; dagegen erscheint das Fißiger'sche Bild auf der Haupt-treppe recht altmodisch, auch dürfte der Centaur mit dem Posthorn recht komisch wirken. — Auch für Kunstgewerbe giebt es manches von Interesse. Da ist erstens das Modell eines nordischen Wagens aus dem 1. Jahrhundert, dessen reicher Metallschmuck ebenso merk-würdig ist, wie der Beschlag der bei dem Wagen liegenden Felle aus dem zehnten Jahrhundert. Die Staatskarossen weisen manche gute Holz-bildhauerer auf. Das eigenartige ist aber die reichgeschmückte christliche Hochzeitskranz, die Spuren italienischer Renaissance zeigt. Nicht weit von ihr ist die Miniaturnachbildung eines japanischen Posthofes mit Umgebung, das die ganze künstlerische Anlage der Japaner bezeugt, ebenso wie die Porzellanfigur: der Lastträger, die im Vergleich zu den vielen chinesischen, indischen und sonstigen Figuren allein einen tiefen, feierlichen Ausdruck zeigt. Auch die Petersburger Darstellungen der vielen russischen Postarten sind nicht übel.

Es sei hier noch darauf aufmerksam gemacht, daß das Museum sehr wohl des Abends geöffnet sein könnte, da es ja keine farbigen Gegenstände als Hauptstücke enthält. Dieses Museum sollte doch auch den Kreisen zugänglich sein, die nur abends ihrem Wissens-drange nachgehen können. —

In der Angelegenheit der Kranken-Zuschulasse „Volkswahl“ sind am Sonntag zwei Versammlungen abgehalten worden, die sich mit einer von uns am 27. Februar veröffentlichten Mittheilung befaßten, welche die Art, wie der Rassenvorstand sich den Verpflichtungen gegenüber erkrankten Mitgliedern zu entziehen sucht, beleuchtete. In der vom Vorstände einberufenen Versammlung suchten die Herren Beutler und Paul, nachdem sie eine Fluth von unqualifizirbaren Schimpereien über den „Vorwärts“ angeschüttet hatten, unsere Mittheilungen zu entkräften, indem sie behaupteten: die Kasse sei durchaus leistungsfähig, sie habe auch den wirklic-

Kranken Mitgliedern nicht das Krankengeld gezahlt, und nur solchen Personen die Unterstützung verweigert, die sich bloß krank stellen, um die Kasse zu schröpfen. Solche „Kassensünder“ seien in letzter Zeit allerdings in ziemlich großer Zahl von den Vertrauensärzten festgestellt worden. Nur von diesen „Kassensündern“ gingen die dem „Volkswohl“ unglücklichen Nachrichten aus. Zur Illustration der finanziellen Lage der Krankenkasse „Volkswohl“ führen wir folgende Zahlen an, die dem Rechenschaftsbericht für die Zeit vom 1. Mai bis ultimo Dezember 1897 entnommen sind: für Krankenunterstützung wurden 2147,25 M. ausbezogen, für Verwaltungskosten 3897,71 M., darunter 2038,82 M. für Gehalt, Provision etc. Dagegen wurden eingenommen an Beiträgen 4950,25 M., 48,75 M. für Bücher, Aufnahmen und Strafgelder, 1619,94 M. wurden als Darlehen ausgenommen. Die Mitgliederzahl soll gegenwärtig 920 betragen.

In der anderen Versammlung, die von geschädigten Mitgliedern einberufen war, wurden die von uns am 27. Februar gemachten Angaben als zutreffend bezeichnet und verschiedene Fälle angeführt, aus denen hervorgeht, daß in der ersten Zeit des Bestehens der Kasse kein Grund zu Klagen vorlag; als dann die Zahl der Erkrankten größer wurde, habe der Kassier Paul in vertraulichen Gesprächen geäußert, wenn es so weiter gehe, könne die Kasse nicht bestehen, man müsse darauf sehen, daß nicht so viel Kranke zu unterstützen seien. Die Vertrauensärzte hätten auch prompt ihres Amtes gewaltet, indem sie eintheils Kranke für gesund erklärten, anderenteils Krankheiten herausfanden, an denen die Betroffenen schon vor der Aufnahme gelitten haben sollen, in welchem Falle die Patienten ihre Ansprüche verlieren. Von 10 krank gemeldeten Mitgliedern seien einmal 8 als Simulanten erklärt worden. Verschiedene Mitglieder seien ausgeschlossen worden, weil sie dem Vorstand auf die Finger saßen und gegen seine Geschäftsführung opponierten, so daß ihnen schließlich nichts übrig geblieben sei, als die Mißstände öffentlich zu rügen und vor weiterer Theilnahme an der Kasse „Volkswohl“ zu warnen.

Wie es scheint, ist auch anderswo von Vorständen der Kasse ähnlich gearbeitet worden, wie in Berlin. Das „Templer Kreisblatt“ berichtet aus Pnyen, daß dort ebenfalls Mitglieder geworden worden sind, die sich jetzt geschädigt fühlen und gegen den Vorstand der Kasse den Klagenweg beschreiten wollen. Das Blatt warnt vor weiterem Beitritt zur Kasse.

Interessant ist noch, wie auf gegnerischer Seite der Fall ausgeklärt wird. So berichtet die „Deutsche Tageszeitung“ über den Verlauf der Nachmittagsversammlung schlankweg unter der Stichmarke „Vom Schicksal der Arbeitergroßen“:

In der Geschichte der Berliner Stadtverordneten-Versammlung bildet die Sitzung vom 9. März 1848 ein Blatt von hervorragender Bedeutung, sie gehörte zu den wichtigsten, welche die Vertreter der Bürgerschaft bis dahin abgehalten hatte. Das königliche Rathhaus, in welchem damals die Stadtverordneten-Versammlung tagte, war dem auch an jenem Tage von einer dichten Volksmenge umlagert. Zunächst stand ein Antrag zur Beratung, der das Wohl und Wehe Tausender betraf: über die Hebung des Arbeiterstandes. Die Versammlung ernannte eine permanente Kommission, um Mittel zur Beschäftigung der zahlreicheren arbeitslosen Arbeiter anzugeben. — Alsdann hatte die Versammlung über einen aus der Mitte der Bürgerschaft an sie gelangten Antrag zu beraten: ein Immediatgesuch an den König um Gewährung der in neuester Zeit allgemein hervortretenden Wünsche zu richten. In dem Antrage hieß es: das Königthum in Frankreich sei gefährdet, die Republik konstituiert und somit der 30jährige Weltfriede erschüttert. Das Wohl und Wehe von Millionen stehe auf dem Spiele und die Bestrebungen der Neuzeit hätten den Geist des Aufstrebens und der Unzufriedenheit schon weit genug verbreitet. Deshalb sollen sich die Vertreter der Bürgerschaft Berlin mit der Bitte an den König wenden: „Die Reichsstände zusammen zu berufen, um dem König selbst die Wünsche des Landes vorlegen zu können. Es wurde angesichts der dringenden Verhältnisse beschlossen, daß sofort eine Deputation aus der Mitte der Versammlung erwählt, welche schon Tags darauf zur Beratung über die Petition zusammentreten und das Ergebnis wiederum am nächsten Tage in einer außerordentlichen Sitzung der Versammlung vorlegen sollte. — In derselben Sitzung erklärte sich die Versammlung auf eine gleichfalls an sie herangetretene Anregung hin mit großer Mehrheit für die Bildung einer bewaffneten Bürgergarde, die dem auch bald darauf ins Leben trat.

Berliner Flugblätter aus dem Jahre 1848, welche damals massenhaft verbreitet wurden und von hochpolitischer Bedeutung waren, sollen vielfach durch ihre drastischen Titel und Illustrationen auf folgende kleine Blätterlese von Flugblatt-Überschriften wird dies in hinreichender Weise bekunden: „Die Freiheit ist ins Wasser gefallen, ich hab' ihr Hören plumpsen, und wär' ich nicht dazu gekommen, so wäre sie verdrunken.“ — „Die Theesesseln in Frankfurt sind an den jungen Standaal schuld.“ (Als Illustration waren verschiedene Theesessel mit entsprechenden Beschriften beigefügt.) — „Allerliebster Herr General Druß! Man wirft wieder Karbaldschen! Petition von die bekannten lieben Berliner.“ — „Wer will huldigen? Ich nicht, wer noch?“ — „Michellen in den Provinzen, wirfte denn jar nicht kug?“ — „Reaktion, verziehe Dir, Du bist schief jewickelt. (Das dazu gehörige Bild stellte drei schief gewinkelte Wackelkinder dar, welche die Mäste eines Offiziers, eines Geistlichen und eines Beamten trugen.) — „Zui Charlottenburg, oltet reaktionärel Matteneß, Dir muß man bei die Beene ufhängen.“ — „Konstablerß Freiden und Reiden. Jeschildert in einem Briefe an seine Geliebte.“ — „Stillschanden, reaktionäre Offiziere! Zum Abmarß richt Euch, lebet — marsch!“ Ein sehr offener Wort von August Buddelmeyer, Dajesschriftsteller mit 'n großen Bart“ etc.

Im händlichen Obdach befanden sich am 1. Februar er. 29 Familien mit 83 Personen, darunter 15 Säuglinge, und 62 Einzelpersonen. Am 1. März war der Bestand 30 Familien mit 81 Personen, darunter 14 Säuglinge. Das Wohl für nächstliche Obdachlose daselbst beuhten im Laufe des Monats Februar 49 442 Personen, und zwar 48 614 Männer und 828 Frauen. Von diesen Personen wurden 17 dem Krankenhaus am Friedrichshain, 58 dem Krankenhaus Moabit, 13 der Charité, 50 der Krankenstation des Obdachs, 1 Person der Anstalt Wuhlgarten überwiesen, 534 der Polizei vorgeführt. Gebadet haben während des Monats Februar in der Anstalt 22 204 Personen.

Auch ein Liebesroman. Der 24 jährige Rentier Emil St., dessen Eltern vor Jahresfrist kurz hintereinander starben, hatte ein beträchtliches Vermögen geerbt; so besaß er u. a. ein Haus im Frankfurter Viertel, dessen Verwalter ein Agent W. war. Der junge Hauswirth unterhielt ein intimes Verhältnis zu der 30 jährigen Frau des W., das allen Anschein nach von dem Ehemann begünstigt wurde. So unternahm St. mit der Dame seines Herzens Ende vorigen Jahres eine Reise nach Italien; als er zurückkehrte, war der Hausverwalter verschwunden und mit ihm die von jenem einlassigen Anwartschaften. St. deckte die zahlreichen Schulden des Ehepaars und mietete hier seiner Freundin eine luxuriös eingerichtete Wohnung im Thiergarten-Viertel. Frau W. betrieb jetzt angeblich die Schreibung von ihrem Gatten, wozu ihr der Freund reichliche Geldmittel zur Verfügung stellte und ihr obendrein noch ein Kapital von 30 000 M. schenkte. Mitte dieser Woche verließ auch Frau W. auf Nimmerwiedersehen, nachdem sie die fürstliche Wohnungseinrichtung verkauft hatte. Dem hintergangenen Liebhaber scheint die Trennung von Frau W. sehr zu Herzen gegangen zu sein. Am Sonnabend Abend gegen 8 Uhr wurde er von seinem Diener bewußtlos mit einer Schußwunde im Kopf aufgefunden. Der Lebensmüde wurde auf Anrathen eines hinzugerufenen Arztes nach einer Privatkur geschickt, doch dürfte es der ärztlichen Kunst gelingen, den Selbstmord-Kandidaten am Leben zu erhalten. Frau W. dürfte jedenfalls zu ihrem Gatten nach Newyork gereist sein.

Die Wohnungseinrichtung des salischen Dr. Wenge ist am Sonnabend Vormittag auf Veranlassung seines Hauptgläubigers, eines hiesigen Buchdruckereibesetzers, öffentlich versteigert worden. Kurz vor Beendigung der Versteigerung erschien die Gattin Wenge's im Auktionslokale. Der Schreiber, welcher versteigert war, wurde amtlich geöffnet und alle darin enthaltenen Skripturen der Gattin Wenge's eingehändigt.

Beim Brande erstickt ist Montag früh der pensionirte Gerichtsvolksherr Louis Dornes, der Seebastianstr. 1 eine Schlafkammer inne hatte und zwar in der ersten Etage neben der Küche. Früh 4 1/2 Uhr wurde die Feuerwehre alarmirt, die bei ihrer Ankunft einen ausgedehnten Fußboden- und Balkenbrand vorfand, der das ganze Haus in undurchdringlichen Rauch hüllte. Städtischerweise hielten die Hausbewohner ihre Wohnungen so lange geschlossen, bis es der Löschmannschaften gelungen war, dem existenzden Qualm Abzug zu verschaffen. Leider wurde, wie erwähnt, eine Person bereits erstickt in der Kammer vorgefunden. Die Samariter der Feuerwehre stellten unter Aufsicht des praktischen Arztes Dr. Kirchner 1 1/2 Stunden lang Wiederbelebungsversuche an, doch ohne Erfolg. Das Feuer nahm die Thätigkeit der Wehr fast zwei Stunden in Anspruch. Das Haus erlitt bedeutenden Schaden.

Der schöne Oskar, ein früherer Komiker, der in den letzten Jahren seine Lieder zum Feiertag sang und im Norden der Stadt wohlbelannt war, hat sich am Sonnabend erhängt. Kerger über eine ungerathene Tochter hat ihn in den Tod getrieben.

Verrathen. Einen Selbstmordversuch hat am Sonntag Vormittag die 22jährige Mäntelwäberin Alwine Steinert unternommen. Das junge Mädchen war mit einem Schloffergelehen verlobt gewesen, und die Hochzeit sollte bereits in diesem Frühjahr stattfinden. Der Bräutigam schrieb indessen am Dienstag voriger Woche der St. einen Abgabebrief und beleidigte in demselben die Mäntelwäberin nicht widerzugebenden Ausdrücken. Dies nahm sich die St. so zu Herzen, daß sie trübungslos wurde und Tage hindurch Essen und Trinken verschmähte. Als am Sonntag Morgen die Wirthin des Mädchens vom Besuch der Kirche zurückkehrte, fand sie dasselbe blutüberströmt auf dem Fußboden liegen. Die Unglückliche, die, nach den wirren Reden zu schließen, ihren Verstand verloren, hatte sich die Pulsader der linken Hand geöffnet; sie wurde, nachdem ihr ein Arzt einen Rothverband angelegt, zur Heilung ihrer Wunde vorläufig nach einem Krankenhaus geschafft und wird dann von da aus nach einer häßlichen Irrenanstalt gebracht werden.

Der Töpler Herr Emil Pohl aus der Fürstenstr. 4 theilt mit und zu dem am 1. März berichteten Vorfall mit, daß unsere Mittheilung insoweit einen beträchtlichen Irrthum enthalte, als nicht er seine Frau mißhandelt habe, sondern umgekehrt er von Bekannten seiner Frau überfallen und von ihr selber mit einer ährenden Flüssigkeit begossen worden sei. Er habe infolge der Mißhandlungen bis jetzt im Krankenhaus gelegen.

In erstickten versuchte sich in der Nacht zum Sonntag der 42 Jahre alte Schuhmachermeister Karl G. In den Zelten 9. Der Mann, der in guten Verhältnissen lebt, leidet an chronischer Nervosität. Am Sonnabend spät abends gerieth er aus einer ganz geringfügigen Veranlassung in eine große Aufregung, und bald darauf versuchte er, sich durch einen Revolvererschuss in die linke Brust zu tödten. Er liegt im Krankenhaus schwer darnieder.

Ein Heldenjüngling. Beznadigt worden ist der Garde-Kürassier Matt von der 4. Schwadron, der bei den erbitterten „Koulen“-Kämpfen zwischen den Garde-Kürassieren und den 2. Garde- Dragonern, die sich im Sommer 1896 in der Hasenheide abspielten, hervorragend theilgenommen war und deshalb zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilt wurde.

Gadexplosion in der Andreaskirche. Beim Anzünden der Lichter in der Andreaskirche erfolgte früh kurz vor 8 Uhr eine starke Gadexplosion, die die nach der Koppentrafé sitzenden Thüren sprengte und den Kirchendiener Sielow durch das Hauptportal auf die Straße hinausjagte, ohne ihn aber gefährlich zu verletzen. Neben versengten Daaren trug er nur leichtere Brandwunden an den Händen davon. Viele Scheiben der Kirchenfenster wurden durch den gewaltigen Luftdruck zertrümmert.

Durch unglückes Eingreifen eines Schuhmannes wurde am Sonnabend ein Unglück verhütet. Unter den Binden wurden abends die Pferde eines Kollwagens, dessen Führer abgestiegen war, schon und rannten auf den Opernplatz zu, aus dem gerade starker Verkehr herrschte. Der Schuhmann Wrop warf sich ihnen entgegen und es gelang ihm, sie aufzuhalten, ehe Menschen verletzt wurden.

Große Erregung veranlaßte am Sonntag Abend gegen 1/8 Uhr in der Nähe des Jrisus Busch der Selbstmord einer etwa 30jährigen Frau. Sie ließ zur genannten Zeit eiligen Schrittes durch die Burgstraße bis zu der zwischen dem Jrisus und der Friedriehsbrücke belegenen Landungstreppe, eilte diese hinab und sprang in die Fluthen der Spree. Obwohl sofort Hilfe zur Stelle war, gelang es doch nicht, den Körper der Selbstmörderin sofort zu erfassen. Erst nach ca. zehn Minuten wurde die Lebensmüde todt aufgefunden und gebadet.

Feuerbericht. Sonnabend Abend 8 1/2 Uhr brannte Swine-münderstraße 123 der Fußboden unter der Kochmaschine. Sonntag früh 9 Uhr gingen Penzen-Allee 71 Kellereingänge und Lampen auf einem Hängeboden in Flammen auf. Am 10 Uhr erfolgte Spenerstraße 9 durch überglühendes Fett ein Küchenbrand, der aber erheblichen Schaden nicht anrichtete. Kurz darauf mußte Reichsbergerstraße 47 in einer Lackierwerkstatt ein kleines Schadenfeuer beseitigt werden. Abends 6 1/2 Uhr brannte Richthofenstraße ein Paternosterkasten. Montag war Berlin feuerfrei.

Im Passage-Panoptikum ist bei früherer Gelegenheit die Darstellung pantomimischer Szenen mit gutem Erfolge versucht worden. Dies mochte die Direktion veranlassen haben, mit einer neuen Vorstellung derartiger Bilder zu kommen, die unter dem Titel „Berliner Nachleben“ am Sonnabend zuerst auf die Bühne gebracht wurden. Leider hat diesmal eine weniger glückliche Hand das Arrangement zu bewerkstelligen gehabt. Ein Philister erbaut sich beim Lesen seines Leibarztes an all den aufzudeckenden Vorkommnissen, die den sozialen Theil der Presse anfüllen und streitet dann mit seiner jungen Nichte über die Frivolität der Menschen, die selber Schuld haben, wenn sie sich umbringen und des Nachts im Friedrichshain erliegen müssen. Die Vertretung dieses Standpunktes der zahlungs-sfähigen Moral wird vom „Genius der Humanität“ nach Gebühr abgelassen. Der Rentier ist unter Beihilfe eines Kognats im Lehnstuhl eingebuffelt. Zeht erscheinen ihm im Traum seine Jugendlinden und sonst noch mancherlei. Da sehen wir, wie der Lokations im Chandro separo mit frivolon Frauensimmern schwelgt, wie er hierauf Wabau macht und mit seinen Klammern auf der Polizeiwache eines der bekannten Abenteurer erleben muß. Auch posstet es ihm, daß er auf einer Bank im Thiergarten gesiedert wird. Sodann wird ihm ein verlassenes Mädchen vorgeführt, wie es in später Nacht für sich und ihr Kind an der Nähmaschine Brod schafft. In ziemlich trockenem Wechsel geht die Geschichte weiter. Ein Ehemann läßt sich von der theuren Galtin beim verbotenen Liebespiel er-tappen, Kummelblättern-Spieler treten auf die Bildfläche, und als ganz besondere Parität bringt das Panoptikum einen entdeckten Mörder, der sich zum letzten Gange rüstet. Uns will bedünken, daß sich in dieser ziemlich planlosen Aneinanderreihung greller Gegenätze gerade nicht allzuviel dramatisches Talent offenbart. Auch das Publikum schien zum Theil nicht übel Lust zu haben, einige ganz besonders erschreckliche Bilder etwas anders als in dem vom Dichter gewollten Sinne zu interpretiren. Es ist eben nicht leicht, Ernst und Humor in glücklicher Mischung zu vereinen. Mancher lernt es nie.

Der Dienstlichen Orgelvortrag in der Moritzkirche am Mittwoch, den 9. März, mittags 12 Uhr, werden Frau Magdalena Ernst, Fräulein Wilma Gnequst aus Schweden, Herr Ernst Wandel und Herr Adolf Bolte unterstützen. Der Eintritt ist frei.

Die Deutsche Gesellschaft für völkthümliche Naturkunde veranstaltet am Mittwoch, den 9. März, abends 8 Uhr, im Bürgerlokale des Rathhauses einen öffentlichen Vortragabend. Herr Förder, königl. Landbau-inspektor im Kultusministerium, spricht über das Thema: „Die Natur als Lehrmeisterin der desolatorischen Kunst und Baukunst“. Unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder wird im 1. Theil das Künstliche in der Natur, im 2. Theil das Natürliche in der Kunst behandelt werden.

Aus den Nachbarorten. In Weh fand gestern die Gemeinderaths-Wahl statt, in welcher die Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg erfocht. Unser Partei-

genosse Jenner wurde mit 118 Stimmen gegen 72 Stimmen, die auf den Gegner fielen, zum Mitglied der Gemeindevertretung gewählt.

In Wilmersdorf finden am Donnerstag die Wahlen zur Gemeindevertretung statt, an welcher die Arbeiterschaft sich nicht theilnimmt, da ihr unter den Hausbesitzern in der dritten Klasse kein geeigneter Kandidat zur Verfügung steht.

Der Vertrauensmann. Bei der gestrigen Gemeinderathswahl in Steglitz erhielt der sozialdemokratische Kandidat Zimmermann Reinhold Frisch 241 Stimmen. Von den bürgerlichen Parteien erhielten: Der „Misch-Masch“-Kandidat 205 und der Kandidat der bisher in Steglitz domizilirenden „Bürgerlichen Gewerkschaft“ nur 149 Stimmen. Frisch kommt somit in Stichwahl. — Heute wählt der zweite Bezirk. Unser Kandidat ist Genosse Schellhaas. Es ist Pflicht der Arbeiter, alles aufzubieten, um ein noch glücklicheres Resultat zu erreichen, als der gestrige Tag gebracht hat. Genossen! Unsere Parole sei auch heute: Auf zur Wahl!

Von dem Direktor der Schulheiß-Brauerei, Herrn Richard Köfke, erhalten wir folgende Zuschrift: „In Nr. 55 Ihres Blattes befindet sich eine Notiz über die Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung in Panlow, in welcher es unter anderem heißt: „Ebenso traten sämmtliche Arbeiter der Brauerei Schulheiß und der Weib-bier-Brauerei Wilmersdorf unter Aufsicht des Herrn Paradel an, um selbstverständlich ihre Stimme zu Gunsten des Gastwirths Jager abzugeben.“ Diese Bemerkung läßt die Deutung zu, daß wir oder jemand anders mit unserem Wissen und Willen die in unserer Malzfabrik in Panlow beschäftigten Arbeiter in Bezug auf die Ausübung ihres Wahlrechts beeinflusst hätten. Dies ist nicht der Fall und würde auch unseren Grundsätzen widersprechen.“

Geriichts-Bericht.

Vom Koalitionsrecht, das die Arbeiter nicht haben. Im Juni 1897, während des Maurerkriegs, begegneten dem Maurer Jager die Maurer Nieger und Weidr, welche beim Maurermeister Carl, der nur 55 Pfennige Stundenlohn bezahlte, auf einem Neubau anfangen wollten. Jager sagte ihnen, der Bau sei nicht frei, es gäbe dort nur 55 Pfennige, sie bräuchten nicht erst hin zu gehen. Als Nieger erwidert hatte, daß hätten sie nicht gewußt, in diesem Falle würden sie die Arbeit nicht annehmen, sagte Jager zu Weidr, der ebenso wie Jager Verbandsmitglied war: „Als Verbandsmitglied darfst Du überhaupt nicht auf den Bau gehen! Nach' was Du willst. Wenn Du nach dem Bau hingehst, dann wirst Du aus dem Verbands rausgeschmissen.“ Auf Veranlassung des Maurermeisters Carl, der hinterhergehend den letzten Satz gehört hatte, wurde Jager durch einen Schuhmann sofort festgenommen und hatte sich wegen Vergehens gegen § 153 der Gew.-Ordn. vor der 2. Strafkammer am Landgericht I hier zu verantworten. In der Verhandlung bekundeten Nieger und Weidr, daß sie unter keinen Umständen für 55 Pf. gearbeitet und nur in der Voraussehung, daß 60 Pf. gezahlt würden, bei Carl hätten anfangen wollen. Weidr bezeugt auch, daß er wohl gewußt habe, daß Bruch des Streiks den Ausschluß aus dem Ver-bande zur Folge habe und daß er schon aus diesem Grunde ohne Rücksicht auf die Worte des Jager für 55 Pf. nicht gearbeitet hätte.

Die Strafkammer verurtheilte den Jager aber zu 1 Woche Gefängnis, weil er den Weidr durch Drohung und Ehrverletzung zu bestimmen versucht habe, sich der Vereinigung der streikenden Gesellen anzuschließen. Er habe ihm das Uebel des Ausschusses aus dem Verbands angedroht und auch durch das Wort „rausgeschmissen“ seine Handlung als eine verächtliche hingestellt. Beides sei bewußt rechtswidrig geschehen, um den Weidr zum Anschluß an den Streik zu bewegen.

Rechtsanwalt Dr. Herzfeld bekämpfte dieses Urtheil in der gestrigen Verhandlung vor dem Kammergericht in der Revisioninstanz. Er führte insbesondere aus, daß der § 153 der G.-O. als den „anderen“ eine Person voraussetze, die zu ungünstigeren Bedingungen als den durch den Streik erstrebten zu arbeiten wüßten sei. Das Gegentheil sei bezüglich des Maurers Weidr festgestellt. Derselbe sei nicht durch die Reden des Angeklagten zum Anschluß an die Streikvereinigung bewegt worden, sondern hätte, wie festgestellt, als der andere mit ihnen sprach, schon zu derselben gehört und sei durch die Reden des Angeklagten ganz unbeeinträchtigt geblieben. Uebrigens sei auch die Drohung nicht rechtswidrig, sondern rechtmäßig. Als Verbandsmitglied habe der andere auf Grund des Statuts des Verbandes ein Recht, gegen jedes Verbandsmitglied, welches den Streik bricht, den Ausschluß zu beantragen. Auch liege keine Drohung im strafrechtlichen Sinne vor, da, wie dem Weidr bekannt, die Ausführung derselben dem anderen nicht möglich war, sondern in erster Linie von seinem Verhalten, dann aber von dem Beschluß des Verbandes abhing. Das Kammergericht verwarf die Revision. Der § 153 der Gewerbe-Ordnung bestrafe jede Einwirkung auf den Willen desjenigen, der arbeiten wolle. Weidr sei entschlossen gewesen, zu arbeiten. Es genüge auch die Drohung mit der That eines Dritten, wenn der Drohende es so darstelle, als wenn er dieselbe zu bewirken in der Lage sei. Das sei hier geschehen. Die Drohung sei auch rechtswidrig gewesen. Denn eine Drohung sei auch dann rechtswidrig im Sinne des § 153 der Gewerbe-Ordnung, wenn mit Handlungen gedroht werde, welche der Handelnde vorzunehmen be-rechtigt sei.

Es bleibt dabei: Den Arbeitern ist das Koalitionsrecht gegeben aber die Ausübung desselben führt zu Gefängnisstrafen.

Interessante Enthüllungen machte gestern ein Angeklagter vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I. Der Handelsmann Otto Parke, Kellner Bruno Witzig und Handelsmann Karl Kießling waren von Schöffengerichten wegen Betruges, bezugnehmend Pfandscheineinschiebungen zu Gefängnisstrafen von bezw. vier, drei und drei Monaten verurtheilt worden. Sie suchten in der zweiten Instanz eine niedrigere Strafe zu erzielen. Witzig erklärte dabei, daß er sich wohl bewußt sei, Betrüger zu sein, in Rede stehenden Art begangen zu haben, aber sie, die Angeklagten, seien viel weniger schuldig als andere Leute, die er bereits vor kurzem dem Kriminalkommissar v. Mantuffel namhaft gemacht habe. Es werde nämlich bei den Pfandscheineinschiebungen folgendermaßen vorgegangen: Ein Handelsmann namens Schener führe sogenannte „Kupperuhren“ ein, d. h. werthlose Taluni-Uhren, welche durch Zufügung von Blei im Innern so beschwert werden, daß sie dem Gewicht von goldenen Uhren gleichkommen. Diese Uhren erhielten die Pfandscheineinschieber von ihm auf Kredit, Schener wisse recht gut, daß die Uhren sofort verfehrt würden. Verschiedene Pfandleiher seien ebenfalls Wintermänner und Helfers-helfer. Wenn ihnen eine solche Uhr, die vielleicht einen Werth von 6 Mark habe, gebracht würde, so erhalte der Verfehende darauf 10 Mark. Der Pfandleiher stelle aber einen Schein über 30 Mark aus. Dies Papier an den Mann zu bringen sei Aufgabe des Verfehenden. Er begnüge sich mit einem Kaufpreis von 5 M. und der Erwerber des Scheines glaube dann, daß der einzulösende Gegenstand viel mehr werth sein müsse, als er beliehen worden sei. Der Pfandleiher lasse sich von ihm nicht nur die 30 M., sondern auch die Zinsen zahlen. Dieser mache somit das beste Geschäft, während die Vertreter der Pfandscheine sich nicht nur mit einem geringen Nutzen begnügen müßten, sondern im Betreffenden auch noch wegen Betrugs bestraft würden. Der Staatsanwalt machte sich während dieses Vortrages eifrig Notizen.

Einen Erfolg hatten diese Enthüllungen in der vorliegenden Sache für die Angeklagten nicht, denn die Verurteilung wurde ver-worfen.

Die Frage, ob die Gärtner der Vorortie Berlin in Berlin Gewerbesteuer zahlen müssen, wenn sie hier in den Markt-hallen ihre Blumen feilhalten, hat das Ober-Verwaltungsgericht bejaht. Es führte aus, zur Auslegung des neuen Gewerbesteuer-Gesetzes dürfe nicht die frühere Praxis und auch nicht die ehemalige

Kommunal-Steuererhebung herangezogen werden. Nach seinen Bestimmungen sei anzunehmen, daß sich der in einem bestimmten Orte belegene Gewerbebetrieb auch auf die Orte erstreckt, wo sich Verkaufsstellen desselben Betriebes befinden. Ob die Verkaufsstellen in einem Privatgebäude oder in einer Markthalle wäre, sei gleichgültig. Berlin sei als Betriebsdort der Blumenstände in den Markthallen zu betrachten und könne deshalb die betreffenden Gewerbebetriebe zur Steuer von ihrem stehenden Gewerbebetriebe herangezogen.

Der Stellungnahme des Ober-Verwaltungsgerichts zur Befreiung der Privatlustbarkeiten in öffentlichen Lokalen hat sich nunmehr auch das Kammergericht angeschlossen. Ein Turmverein in Hörde hatte einen Kommerz abgehalten, und im Anschluß daran war getanzt worden. Der Wirt Bergmann, in dessen Lokal das Vergnügen stattfand, erhielt dafür, daß er es nicht zur Befreiung angemeldet hatte, ein Strafmandat. Er beantragte richterliche Entschädigung und machte geltend, es habe sich um eine Privatfestlichkeit gehandelt und auf solche Vergnügungen erstrecke sich nicht das Steuerrecht der Gemeinden. Die Steuerordnung sei ungültig, soweit sie auch private Lustbarkeiten und solche geschlossener Gesellschaften der Lustbarkeitssteuer unterwerfe. Ferner könne er aber auch als Wirt nicht haftbar gemacht werden, da ihm die Verfügungsgewalt über sein Lokal so lange nicht zustünde, als es von der geschlossenen Gesellschaft, an die es vermietet sei, benutzt werde. Alle Instanzen hielten jedoch die Strafe anrecht. Das Kammergericht führte begründend aus, die Befreiung von Lustbarkeiten geschlossener Gesellschaften verstoße nicht gegen das Kommunal-Abgabengesetz, und es sei auch statthaft, daß der Besitzer des Lokals herangezogen und für Verfehlungen haftbar gemacht werde.

Einen absonderlichen Feldhüter hatte die Stadt Spandau in der Person des ehemaligen Droschkentüschers Stefan Kurowski, der sich in voriger Woche vor dem Schöffengericht wegen Körperverletzung zu verantworten hatte. In der Zeit, als er sein Amt ausübte sollte, überfiel er Personen, die gar nichts ver-

brochen hatten, mit seinen zwei Hunden und mißhandelte sie, wollte sie auch arretieren. Mit Rücksicht darauf, daß der Gerichtshof ihn für einen gewohnheitsmäßigen Säuer hielt, verurteilte er ihn zu der milden Strafe von zwei Wochen Gefängnis. Der Gerichtsvorsetzende sprach seine Verwunderung darüber aus, daß ein Mensch, der schon vorbestraft ist und Verwarnungen darüber erhalten hat, daß er sich nicht betrunken auf der Straße herumtreibe, gegen den auch schon ein Weineidsverfahren geschwebt hat, noch als Feldhüter beschäftigt werden konnte. Auch der Staatsanwalt hielt es für ein psychologisches Rätsel, daß die Stadt einen solchen Mann, der auch als Droschkentüschers sich vielfach vergangen hatte, als Feldhüter anstellen konnte. Wenn der Feldhüter ein ehrenhafter Mann, aber Sozialdemokrat wäre, würde die Behörde ihn wahrscheinlich längst vom Amt entfernt haben.

Die Schühengilde als Ordnungsfähige. Die Schühengilde von Königsberg hat in der unweit der Hauptstadt Ostpreußens gelegenen Gemeinde Vorderhufen ihre Schließstände. Der Gemeindevorstand von Vorderhufen zog nun die Schühengilde wegen 28 Preis- und einem Königsschießen zur Lustbarkeitssteuer heran, indem er sich auf seine Steuerordnung berief, wonach auch die Schühengilde die Lustbarkeitssteuer zu zahlen hat, wenn der Gewinn, Preis- und Königsschießen Konjunkte gegeben oder Vergünstigungen verankert werden. Die Herren von der Gilde fühlten sich dadurch tief verletzt, daß man ihnen, den Patrioten, so etwas zumutete. Ihr Vorstand legte Einspruch ein und verlangte die völlige Freistellung von der Steuer. Der Einspruch wurde jedoch zurückgewiesen und ebenso die Klage beim Kreisaußschuß. Der Bezirksaußschuß indessen hob die Vorentscheidung auf und erkannte unter folgender kurioser Begründung auf Freistellung von der Lustbarkeits-Steuer. Bei der Schühengilde handele es sich nicht um einen gewöhnlichen Schießverein, denn sie sei gewillt, für die Vertheidigung der Stadt und für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und

Ordnung einzutreten. Demnach die Bedeutung der Gilde auf dem Gebiete dieser Aufgaben heute nicht mehr im gleichen Maße wie früher bestünde, so halte sich die Gilde nach ihrem Statute doch auch heute noch bereit, im Falle der Noth die zuständige Behörde bei Erhaltung der Ruhe und Ordnung auf Erfordern zu unterstützen. Alle Schließvorstellungen der Gilde können diesem Hauptzwecke zu gute. Sie sei deshalb nicht nur von der Befreiung der Lustbarkeitssteuer, sondern auch von der der Preis- und Königsschießen, freigestellt. Auf die Revision des Gemeindevorstandes hob aber der erste Senat des Ober-Verwaltungsgerichts das Urtheil des Bezirksaußschusses wieder auf und erklärte die Schühengilde zur Lustbarkeitssteuer verpflichtet. Maßgebend sei, daß die Preis- und Königsschießen mit ihren Nebenveranstaltungen (Musik etc.) unter dem Begriff der Lustbarkeit fielen, d. h. dazu dienen, ein Vergnügen der Beteiligten herbeizuführen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (mit Buchstaben oder einer Stadt) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.
Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag und Donnerstag von 6 bis 7 Uhr statt.
Wettende. 1. Drei Jahre. 2. Rein.
H. 3. 15. Gehen Sie in eine der nächsten Versammlungen des Wahlvereins für den V. Kreis, dort werden Sie nähere Auskunft erhalten.
H. 24. 25. Nein! Nur die Central-Krankenkasse „Grundstein“ zur Einigkeit bleibt am 2. März desselben Jahres einen Wiener Rosenball in der „Tonhalle“ ab.
G. 3. 5. Und unbefannt.
G. H. Stegmüller ist gleichbedeutend gebraucht mit politischer Maßlosigkeit. Ueber das Raß lesen Sie in einem Konversations-Lexikon nach.
H. 3. 51. Es muß Niederlegung beim Gericht erfolgen. Beide Elemente müssen zugegen sein. — J. 24. Die Berufsgenossenschaft hat keinen Anspruch. — G. 115. Nein. — G. 2. 25. Zum Mitnehmen der Ihnen noch nicht überreichten Sachen sind Sie nicht befugt.

Am 5. März verstarb nach kurzem Krankenlager mein langjähriger treuer Hausdiener
Robert Dörmer.
Die Beerdigung findet heute, Dienstag Nachmittag 4 Uhr vom Urban-Krankenhaus aus statt.

Achtung, Bürger!
Den Mitgliedern des Central-Bandes deutscher Maurer und verw. Berufsgenossen, Filiale Berlin I (Pauer) zur Nachricht, daß das Mitglied
Gottlieb Kloss
verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. März, nachmittags 3 Uhr, vom Städtischen Krankenhaus (Friedrichshain) aus statt. Um zahlreiche Theilnahme ersucht.
134/9 Die örtliche Verwaltung.
NB. Der Gefangenein „Gemüthlichkeit“ wird um zahlreiches und pünktliches Erscheinen gebeten.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, der
Putzer Gottlieb Kloss
am 6. März 1898 gestorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. März, nachmittags 3 Uhr, vom Städtischen Krankenhaus (Friedrichshain) aus statt.
12006 Die trauernde Hinterbliebene
Marie Kloss.

Fachverein der Mosaikfliesenleger Berlin und Umgegend.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Ernst Stamm
am Sonntag Nachm. 1 Uhr nach langem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am 9. d. Nachm. 5 Uhr, von der Halle des Kreuzkirchhofs (Mariendorfer) aus statt. Um rege Theilnahme ersucht.
Der Vorstand.

Zu warme jeden, meiner Frau Anna Schuppen geb. W. e. m. all etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme.
Franz Schuppen.

Kranzbinderer u. Blumenhandlung von 40793
Robert Meyer,
No. 2. Mariannenstr. No. 2.
Wohnungs-Kränze, Gütchen, Bastfräulein, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Barbier-
Geschäft in Preiderstraße, Stalinerstraße Nr. 69, im Keller, bei **Fritz Taubert.** Geschäftsprüfung: Jedem Kunden frische Wäsche, sauberste Bedienung, antiseptische Behandlung. Preis: Herren 15 Pf., Frauen 10 Pf. Im Abdom. 12 1/2 30.
Spezialität:
Haar- und Vollbartschneiden.
Sonntags Abend nach 8 Uhr und Sonntag über werden keine Haare geschnitten.
NB. Seit der Preisverhöhung gehe ich meinen Gesägten 40 pCt. mehr Lohn.

Album- u. Lederwaren-Fabrik Oskar Gundau, Oranienstr. 50.
Großes Lager aller Arten Lederwaren und Schmuckgegenstände zu billigen Preisen. In Sammet
2,75 Mark, in Leder
1,25 Mark in großer Auswahl

Milchbübel,
Rennen, Sotten, Buttermaschinen
445L* Jordan, Rt. Mariahilf. 28.

Achtung! Genossinnen und Genossen!
Heute Dienstag, den 8. März, abends 8 Uhr, im Zwinnemünder Gesellschaftshaus, Zwinnemünderstr. 42:
Große Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Die lex Heinze“. Referent: Genossin Frau Louise Ziets aus Hamburg. 2. Diskussion.
Mittwoch, den 9. März, referirt die Genossin Ziets (Hamburg) in Schöneberg, Schloßbranzei, Saal Nr. 112-114. Näheres morgen die Annonce.
Die Vertrauensperson.

Vorläufige Anzeige.
Am 28. März, abends, wird Herr Dr. Wilh. Meyer in der Brauerei Friedrichshain (früher Pils) einen Vortrag mit vermehrten und verbesserten Bildnissen über „die Reife nach Spitzbergen“ halten. Billets à 20 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

6. Wahlkreis.
Dienstag, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, in Westerstädts Gesellschaftshaus, Schmitzstr. 29.
Gr. öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die wirtschaftliche und politische Lage mit besonderer Berücksichtigung der bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Reichstags-Abgeordneter H. Förster-Hamburg. 2. Diskussion. — Zahlreiches Erscheinen erwartet.
246/12
Der Einberufer.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, bei F. Zubeil, Lindenstrasse Nr. 106:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Gefeg und Recht“. Referent: Genosse A. Hoffmann. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
238/8
Gäste haben Zutritt.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten).
Dienstag, den 8. März, abends 8 Uhr, im Lokal „Königsbau“, Frankfurterstr. 117:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen J. Auer über: Die Märzfrage. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
242/6
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).
Dienstag, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, in Behren's Festsaal, Mauentierstr. 95:
Große Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Th. Wecker: Das Bürgerthum sonst und jetzt. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
242/7
Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
NB. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Mittwoch, den 9. März, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Rautenberg, Oranienstrasse 180:
Branchen-Versammlung
aller
Diplom auf photographische Apparate und Telephon-Arbeit.
Tages-Ordnung:
1. Die treten wir den fortwährenden Lohnabhängigen entgegen? 2. Die letzte Substantion.
78/7
Es ist Pflicht aller in der Branche Arbeitenden, zu erscheinen.

Verband der Fabrik-, Land-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Berlin).
Donnerstag, den 10. März, abends 8 Uhr, im „Kolberger Salon“, Kolbergerstrasse Nr. 33:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Fräulein Minna Kube (Naturheilkundige) über: Die Berufskrankheiten der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen, Vorbeugung, Aufführung und Behandlung durch natürliche Heilfaktoren. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Beschiedenes.
84/6
Kollegen und Kolleginnen! Erscheint zahlreich und pünktlich. Männer und Frauen als Gäste willkommen.
Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse f. d. Buchdruckgewerbe zu Berlin.
Sonntag, den 20. März, vorm. 10 1/2 Uhr, im Restaurant Feuerstein (oberer Saal), Alto Jakobstr. 75:
Ordentliche General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Rechnungslegung pro 1897 durch den Rentanten. 2. Bericht des Rechnungs-Ausschusses bezw. Decharge-Ertheilung. 3. Etwasige Anträge der Mitglieder. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand.
Otto Walter, Vorsitzender. Robert Thiele, Schriftführer.

Achtung! Rabsitzputzer. Achtung! Öffentliche Versammlung
am Donnerstag, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Hoffmann, Alexanderstr. 27a.
Tages-Ordnung: 252/6
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vertrauensmannes und des Gewerkschaftsdelegirten und Neuwahl derselben.
Der Vertrauensmann.

Fachverein der Stellmacher Berlins und Umgegend.
Donnerstag, den 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schiller, Rosenthalerstr. 57:
Versammlung.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. 159/3
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen und ihr Mitgliedsbuch demselben mitzubringen.

Charlottenburg.
Donnerstag, den 10. März, abends 8 Uhr, in „Wilmersdorferstraße“ Nr. 39:
Große öffentl. Volks-Versammlung
Tagesordnung:
1. Vortrag der Genossin Frau Louise Ziets aus Hamburg über: „Die lex Heinze“. 2. Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen, ersucht
Die Vertrauensperson.
202/14

Sonntag, 13. März, mittags 12 Uhr, im Cösliner Hof, Köslinerstraße 8:
Wohlthätigkeits-Matinee
zum Besten des langjährigen Mitgliedes der Werkstatt-Kontrollkommission, des Modelistikers
Emil Kuschel.

Unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins „Oranienburger Vorstadt“ (M. d. H.-S.-B.) sowie des Humoristen Herrn Oestrich.
Konzert: „Freie Vereinigung der Jübi-Vereinigung“.
In anbetraucht des wohlthätigen Zwecks ersucht um rege Theilnahme der Kollegen und Parteigenossen.
Das Komitee.
Kasseneröffnung 11 Uhr. Anfang präzis 12 Uhr.
Programme à 30 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Geschäften sowie an der Kasse zu haben.
205/17

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Vorfälle, März etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Broden, Stüpfen, Hülsen, Hüben u. dgl., sowie jede Dreckerwaare u. Repar. (Man verl. Preisblatt.)

Robert Dreher,
Dienstr. 218, am Schluß Thor, empfiehlt sein Weiß- und Bairisch-Bierlokal nebst schönem Vereinszimmer. 4405/9
Feuerstein's Festsäle
Alte Jakobstrasse 75.
Joh. Martin Herzberg.
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen.

Vereinszimmer,
60 bis 100 Personen fassend, ist Donnerstags und alle 14 Tage Sonntags zu vergeben. 4405/2
H. Lippke, Reichstr. 15.

Nieff's Fest-Säle
Deberstr. 17, ca. 1000 Pers. fassd., Sonnabend, 26. März, 2 April und Palmsonntag frei. 4450L*
Goldabfälle.
Gold, Silber, Redgold, Treffer, Platin u. Brillanten faßt die Scheide-Anstalt Zimmerstr. 32. 4477/2
Wetten, Steppdeck, Wäsche, Gardin, Portieren, Gasseisen, Tischbed., Regal, Sommer-Paletots, Anzüge, Hosen, Remonteur, Kleider, Overgiletter (pottbillig Pfandleihe-Reudeberstr. 6.)

Künstliche Zähne.
H. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. *) Theilzahlung pr. Woche 1 M.
G. Weiz 18 M. z. v. Bismarckstr. 8. pt. r.
Grünkram-Geschäft m. Vorkost u. Rolle veräußert, Blumenstr. 60. 1195/5

Arbeitsmarkt. Achtung! Holzarbeiter!
In der Möbeltischlerei von **Gebr. Geisler, Lothringerstraße 39,** haben 19 Tische und in der Bautischlerei von **Renter, Zielmehstr. 24,** 13 Tische wegen Lohnhöherungen die Arbeit eingestellt. **Zugung ist fernzuhalten.**
78/8 Die Ortsverwaltung.

Mädchen-Waschkleider.
Gute Arbeiterinnen auf nur bessere Sachen finden geg. Vorlage von Proben dauernd lohnende Beschäftigung bei **Fischbein & Mendel,** 1141b Pätzgerstr. 82.
Knaben-Waschkleider.
Gute Arbeiterinnen auf nur bessere Sachen (Kattun, Kaschmir) finden gegen Vorlage von Proben dauernd lohnende Beschäftigung bei **Fischbein & Mendel,** 1143b Pätzgerstr. 82.
Weiße Stückerleider.
Gute Arbeiterinnen auf nur bessere Sachen finden geg. Vorlage von Proben dauernd lohnende Beschäftigung bei **Fischbein & Mendel,** 1142b Pätzgerstr. 82.

Als rührige Agenten werden Herren aller Gesellschaftskreise von deutscher Genossenschafts-Gesellschaft bei außerordentlich hoher Provision gesucht. Offerten sub J. P. 8148 an die Exp. d. „Berl. Tagebl.“ SW.

6 Korbmacher
auf grüne Arbeit bei hohem Lohn sofort verlangt **Rob. Zwerner,** Friedrichstraße bei Berlin. 1205/5

Tüchtigen Schriftenthographen für Zeichnungen suchen
E. A. Schwerdtfeger & Co., Wilmersdorferstr. 5,
1201/5 am Bahnhof Wedding.

Plätterinnen auf Stiche, Umlegern u. Manneken in u. außer dem Hause sucht **M. Trepp, Zehnhauser Allee 167a,** Stadthausgebäude.

Kinderkleider - Arbeiterinnen vertrieben, Pantalon, Kaiser Friedrichstr. 19.

Zieperinnen auf Knabenanzüge, Kleider, Hosen, verlangt 20/19
Wendt, Veteranenstr. 110, II.

Barock-Vergolder
sucht
A. Rechtenbach,
Goldeisten-Fabrik,
Stendal.

Eine bedeutende sächsische Kunstschloßerei, welche schon lange am Plage besteht, sucht behufs Vergrößerung ihres Betriebes eine Anzahl tüchtiger
Vorarbeiter
bei höchsten Löhnen. Reife wird vergütet. Demnächst Beschäftigung wird zugesichert. Auch tüchtige Helfer, welche auch bald den Platz eines Kolonnenführers einnehmen könnten, finden Berücksichtigung. Meldungen bei Herrn Bruno Misch, Berlin, Burgstraße 29, der auch jede gew. Auskunft ertheilt. Adressen 3-7/1, Uhr.
Bordunmacher auf glatte Reifen verlangt Osport, Mariahilf. 44 II. 1203/5
Tüchtige selbständige Schloßerei für seine Rüstschloßarbeit per sofort gesucht. **Löwe & Ballmann,** Eisenkonstruktion-Werkstatt u. Rüstschloß, Berlin NW, Holzstr. 2-30.
Eine tüchtige Radmacherin verlangt **F. Wienert, Rosenthalerstr. 23, 40.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber feinerer Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 8. März.
Cyrano de Bergerac. Die Rufe von Schiras. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Mutter Thiele. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Krauß). The Second Mrs. Tanqueray. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Silberpelz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessing. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Der Silberpelz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Frau. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Fortunio's Lied. Die kleinen Räuber. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Jugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Welle. Alliance. Kom. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Die Stille der Hausfrau. Anfang 8 Uhr.
Kessing. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Sein Exil. Anfang 8 Uhr.
Neues. Die Schilde. Anfang 7 1/2 Uhr.
Goethe. Krieg im Frieden. Anfang 7 1/2 Uhr.
Unter den Linden. Fatimiga. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshildisches. Die kleinen Bogabunden. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftliches Theater. - Invalldenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr. - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschlüsse.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr - Wissenschaftliches Theater. - Invalldenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr. - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschlüsse.

Passage-Panopticum.
Berliner Nachtleben
Komödie in 12 pantomimischen Szenen mit Gesang und Tanz.
Vorher: **Theater Variété.**

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 155.
Neu!! Indisch-industrielle Gaukler - und - Schlangen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

Reichshallen-Theater.
Leipzigerstrasse 77.
Täglich steigender Erfolg!
Karl Wilhelm, der aktuelle Humorist.
Rauch-u. Feuersprühender Krateranz.
Die besten Kraft-Künstler **Brüder Paxton.**
Rossini-Trio! ein zwerchfellerschütterndes Dreigestirn.
"Ein ruhiges Zimmer zu vermieten"
bleibt die beste aller Pantomimen.
Anfang 7/8 Uhr. Entree 50 Pf.
Reichshallen-Tunnel. - 2 vorzügliche Kapellen.
Mittwoch: Bockbier-Fest.

Quarg's Vaudeville-Theater
Grand Hotel Alexanderplatz.
Heinrich Heine
Lustspiel, und das große Spezialitäten-Programm mit **Anton Sattler.**
Anfang 8 Uhr. Entree 15 Pf.

Maehr's Theater
Oranien-Strasse 24.
Täglich: **Theater und Spezialitäten.**
Novitäten-Programm.
Das Schöpfkind.
Poffe.
Blaue Augen.
Schwanz.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Böhmisches Brauhaus
Landsberger Allee.
Heute, sowie jeden Dienstag: **Steirner Sängers**
(Wiesel, Vietro, Britton, Ziehl, Arone, Böhl, Schneider und Schrader.)
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf. (Borverkauf 40 Pfennig).
Neu!! Neu!
"Sumpfhühner"
Ensemble von Mesfel.
Jeden Freitag und Montag: **Victoria-Brauerei.**

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Größte Attraktion der Weltzeit.
Nach einstimmigen Urtheile der gesamten Berliner Presse **noch nie dagewesen!**
Aschanti-Dorf und **Javaner-Dorf**
150 Eingeborene.
Concert - Volksbelustigungen täglich am unteren Ende von 11 bis 10 Uhr.
Entree 50 Pf. Kinder und Militär 25 Pfennig.

Circus Busch
(Bahnhof Büro).
Am Dienstag, den 8. März, Abends 7 1/2 Uhr:
Extra-Vorstellung.
Neu! Amateure-Konfessionen-Reiten. Neu! Der Smal zu Pferde lebend die Parade umreitet, erhält eine Prämie von 50 Mk. Bewerber haben sich bis 1 Uhr mittags an der Kassenkasse zu melden. Kassenkarte zu Fuß, höchst kom. Intermezzo. Zum 1. Male: Große Wadeltier-Quadrille, geritten v. 8 Damen und 8 Herren. Außerdem: Kastraten der ausgezeichneten Spring-Ringel-Reiter u. Typ. Die vorzüglichsten musikal. Concertisten "Gedr. Kravall". Kastraten aller neu engagiert. Reitanfängerinnen u. Künstler, sowie sämtliche Akrobaten u. Kunstge mit ihren besten Spächen.
Zaragoza.
150 Eingeborene.
Concert - Volksbelustigungen täglich am unteren Ende von 11 bis 10 Uhr.
Entree 50 Pf. Kinder und Militär 25 Pfennig.

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Neu! Neu! Neu!
Hureddin u. Bereddin!
Römische Oper von Richard Taubel.
Sensationell!
Little Dolf-Gustav
- auf dem schloffen Drahtseil -
Pantomime!
Mr. Willy,
Jongleur auf rollender Kugel und Klyphon-Virtuose.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sängers Alois Ebner.

Konzert-Sanssouci
Kottbuser Strasse Nr. 4a.
Direktion: G. Pierry.
Sonntags, Dienstags, Donnerstags
Eine Stunde
Kaiser von Oesterreich
Aufspiel in 1 Akt.
Der Handschlüssel.
Schwanz in 1 Akt.
Auftr. von Spezialität nur 1. Rang.
Gedr. Clarisson mit ihren Anglo-amerikan-Biograph (Ver-Photo-graphien). Mit theilweise bunten Bildern. Bisher noch nicht gezeigt.
Entree 30 Pf. Sonntag 50 Pf.
Anf. 8. Rang 7 Uhr. Bort 8 Uhr.
Passpartouts gelten Wochentags
Sonntag Anf. 5 Uhr, Bort 6 Uhr.
Nachher: **Grosser Ball.**

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glöck.
Inner-Guillot, Mr. Jigg, Fischer u. Wacker,
Toni Tonchetto, Elise Sadoni,
La Loie Fuller,
Les Guitanas, Irma Dolezel, Mr. Paulton, Hanni Luxa,
Signor Salerno,
The Satours, King u. Kray,
Ida Heath, Grant und Maud,
Im Zoologischen Garten,
Pantomime, ausgeführt von der **Senetts-Troupe.**
Kasseneröffnung 7 1/2. Anf. 7 1/2 Uhr.

Zu einer wirklichen **Sehenswürdigkeit** bildet sich mit jedem Abend mehr das neueste Zugstück des **1. Original Budapest** Posen- und Operetten-Theater in Kaufmann's Variété die hyper-originelle Burleske **Von Dreien der Glückhchste** heraus, indem sie ihren Stoff aus einem an sich schon äusserst eigenartigem Gebiete schöpft; dem komische Momente von Natur schon in überreicher Fülle eigen-thümlich sind, entfaltet sie mit **Donat und Anton Herrfeld** in den Hauptrollen eine geradezu überwältigende Fülle burlesker Komik, die es erklärlich erscheinen lässt, wenn das Publikum abends beim Herausgehen aus Kaufmann's Variété zu einander äussert: **Die beiden Herrfeld's sind in der That komisch zum Verrücktwerden.**

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und **Humoristen.**
Anfang: Sonntags 7 Uhr. Wochent. 8 Uhr.
Donnerstag, den 10. März, zum 1. Male:
"In Zossen"
Vorleitung von: "Alle 6 Variations"

Neues Olympia
Riesentheater.
(Circus Renz.) Karlstrasse.
Bolossy Kiralfy's Konstantinopel
mit dem sensationellen **Feuer- und Flammentanz** ausgeführt nicht von einer Person, sondern vom gesammten Ballet-Personal.
ca. 1000 Mitwirkende, sowie das neue kolossale **Spezialitäten-Programm.**
Wiederauftreten von **The jolly british girls.**
Anf. 8 Uhr. Sonntags 2 Vorst.
Nachm. 1 Kind frei.
Künstliche Zähne, Plombiren u. C. Gedleke, Streifenstr. 52.

Direct von Aachen!

weltberühmt durch fast auf allen Ausstellungen prämierte Tuche liefern wir zu **hervorragend niedrigen Preisen Herren-Anzug- u. Paletotstoffe** von einfachst, bis feinsten in reeller Waare. Vorzügl. erstklassige Musterauswahl senden Jedem franco ohne Kaufzwang. Weit über 1000 ehrende Anerkennungs-schreiben beweisen unsere tadellose Lieferung. Die Zahl der uns allein im Jahre 1897 durch uns geschmackvollen, gediegenen Tuche und billigen Preise erworbenen neuen Kunden beträgt **11860** Diese Zahl kann nicht angezweifelt werden, da sie sich durch unsere Bücher ergibt!! uns seit 1893 bekannte und beliebte Spezialität wird in schwarz, blau, braun geliefert und kosten **3 Mtr.** zum gediegenen Anzuge **12 Mark.** **Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen Nr. 78.** Man bittet genau zu adressiren.

Cacao van Houten

Die Vorzüglichkeit dieser Marke erklärt den enormen Absatz.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstrasse 52/53 (City-Passage) Kottbuserstrasse 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Ab 1. März 1898:
Durchweg neues Programm.
Neues Personal. Neue Spezialitäten.
Hans und Clara Sarno, Mary Mann, Anton Schild, Helene Werner, Karl Müller, Betty Frey, Little Wolf, Adolf Adolt, Familie Reinisch (4 Personen).
Die kleine Handschuhmacherin.
Charakterbild mit Gesang in 1 Akt.
Die erste Todte.
Schwanz in 1 Akt.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf. Referoir. Platz 50 Pf.
Die für den Feen-Palast ausgegebenen Ehren- und Freitickets haben Gültigkeit.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Gr. Extra-Theatervorstellung
Ihre Familie.
Sollstüb mit Gesang in 3 Akten von Stinde u. Engelst. Musik v. Michaels. Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Für 2-3 Mark
Siehe sehr groß zu Anwesenheiten. Reize zu Herrenanzügen, schöne Muster 7-10 Mk. Für 12 Mk. H. Chevrot auch Kammeranzüge, Paletot und Hosenanzüge solange der Vorrath reicht
im Riesenstofflager
Kranienstr. 14, L. kein Laden.
Wein
neuester **Erfolg!**

Rum

Felber zu machen
nehme man 1 Originalfl. Reiche's **Echte Jamaica-Rum-Basis** für 75 Pf., 1 Liter Weingeist (Spiritus vini) für Mk. 1.40 und 1 Liter Wasser. Man erhält so 2 Liter **Echte Jamaica-Rum-Mischung** von wundervollem Aroma und köstlichem Geschmack, vorzugsweise geeignet zur Thee- und Brogabereitung.
Reichel's Echte Jamaica-Rum-Basis
ist keine bloße Fälschung und keine bloße Imitation. Der daraus bereicherte Rum ist im Vergleich eine naturgetreue Wiedergabe des echten Jamaica-Rums mit seinen eigenartigen Vorzügen und Merkmalen und kommt demselben entsprechend an Reinheit gleich. Geht nur in Originalflaschen mit meinem Namen und einzig und allein nur direkt bei
Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4, Bernstr. IV 3190.
- Alles Andere ist Fälschung. - Verkaufsstellen nirgends! Zufassung frei Haus, auch einzelne Flaschen. Auswärts durch die Post. Die **Selbstbereitung** von Cognac, Nordhäuser und an 40 Sorten feinsten Liqueure, Magenbitters, Punschextracts mit den **Combinirten Original-Reichel-Essenzen** (patentamtlich geschützt) Tausende ehrenvolle Anerkennungen. Prospekte mit Rezepten gratis u. franco.
Al. Saal, 2 Vereinszimmer einige Tage frei. Köpenickerstr. 68. **Schönig.**

I. Acetylen-Fachausstellung Berlin
(am Stadtbahnhof Savigny-Platz)
geöffnet von 1 bis 11 Uhr nachmittags.
Sitzung des „wissenschaftlichen Kongresses“
12-3 Nachm. im Kaiserhof (Salon F. Mauerstr.)

Schweitzer's Emolin
macht die Haut weich und zart, ihr ein sammetartiges Aussehen gebend, ohne zu fetten. Wer einmal Emolin gebraucht hat, kauft nie etwas Anderes. In Schachteln zu 10 und 25 Pf., in Tuben zu 40 und 75 Pf. (4494L.)
in allen einschlägigen Geschäften
S. Schweitzer, Berlin O., Holzmarktstr. 69/70.

Mechaniker-Kittel und blaue Körper-Anzüge gut und billigst in der Fabrik **C. Flach & Co., Köpenickerstr. 111, Hof part.**

Einsegnungs-Anzüge
in blau u. schwarz Rainnigarn u. Chevrot zu sehr billigen, aber festen Preisen
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.
Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maß.

Confirmations-Stoffe
für Knaben- und Mädchen in sehr grosser Auswahl.
Unsere reichhaltige Frühjahrs-Kollektion geschmackvoller und moderner, unverwüschlicher und schfarbiger Herren- u. Damenkleiderstoffe ist jetzt complet.
Zahlreiche Anerkennungs-schreiben, welche die Vorzüglichkeit unserer Stoffe beweisen, können jederzeit eingesehen werden.
Alle Aufträge von 20 M. an und Muster stets franco.
Carl H. Klippstein & Co., Nühlhausen 1. Thür. No. 11. Weberel und Versandgeschäft.

A. Schulz,
Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik
gegründet 1878
Reichenberger Strasse 5,
zwischen Kottbuser Thor und Ritterstrasse. 41930*
Bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen
in Nussbaum u. Mahagoni v. 240, 300, 400, 500, 600, 800-10.000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung. T. A. IV. No. 2395.

Sonnabende
für gr. Vereine im April u. Mai sowie im Sommer noch zu vergeben.
Niemann, Brauerei Friedrichshain.

Die Möbel-Fabrik
Grosser Möbelerkauf. Neue Schönhanerstr. 2
(früher Rosenbaldstr. 13)
liefert überaus schöne Wohnungs-Einrichtungen (schon von 150 M. an) auch gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung. Lager gebraucht und vertrieben gewesener Möbel. Eigene Tapezier- u. Dekorations-Berthaus. Transport durch eigene Kutschen, auch nach außerhalb. [4439L.]

Vortheilhafteste Bezugsquelle. Grösste Auswahl.
Uhren, Gold-, Silber- und Alfenidewaaren
Reinh. Wankel
Brunnenstrasse 163, an der Anklamerstrasse.
Passende Einsegnungsgeschenke.
Beste Fabrikate. [4435L.*] Billigste Preise.